Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf. — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 169 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Donnerstag, 21. Juli 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Nach der Ernennung des Reichskommissars

Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg

Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt, oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4

Die in den §§ 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschwemmungen), 315 Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraften Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Absatz 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außerdem in § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 371) aufgeführten Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Neudeck und Berlin, 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident gez. von Hindenburg,
Der Reichskanzler gez. von Papen,
Der Reichsminister des Innern gez. Freiherr von Gayl,
Der Reichswehrminister gez. von Schleicher.



Die bisherige preußische Regierung

Oben von links: Finanzminister Dr. Klepper (parteilos) — Ministerpräsident Otto Braun (SPD) — Innenminister Karl Severing (SPD) — Wohlfahrtsminister Hirtsiefer (Zentrum) — unten, von links: Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber (Staatspartei) — Justizminister Dr. Schmidt (Zentrum) — Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Steiger (Zentrum) — Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Grimme (SPD)

Die Vorgänge im Innenministerium und im Polizeipräsidium

Wie das Contibüro zunächst berichtet, ist am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr Dr. Bracht beim Minister Severing im preußischen Innenministerium erschienen, um ihm mitzuteilen, daß er den Auftrag habe, die Amtsgeschäfte des preußischen Innenministers zu übernehmen. Nach Informationen von preußischer Seite hat Minister Severing auf die Erklärungen verwiesen, die er dem Reichskanzler gegenüber bereits heute vormittag abgegeben habe. Von anderer Seite verlautet, daß er aber auch hinzugefügt habe, er werde keinen weiteren Widerstand leisten, wenn Dr. Bracht mit einem Beauftragten des neuen Polizeipräsidenten wiederkehre. Es ist anzunehmen, daß sich der Wechsel in der Leitung des preußischen Innenministeriums in dieser Form innerhalb der nächsten Stunde vollziehen wird.

Inzwischen ist dann eine ähnliche Aktion im Polizeipräsidium im Gange, um die vorgesehene Aenderung in der Leitung des Präsidiums und im Kommando der Schutzpolizei durchzusetzen. Gegen 17 Uhr erschienen im Polizeipräsidium Generalleutnant von Runstedt mit mehreren Offizieren und 12 Mann Reichswehr, die den neuernannten Polizeipräsidenten Melcher begleiteten, im Amtszimmer des Polizeipräsidenten Grzesinski, wo sich auch der Vizepräsident Dr. Weiß und Kommandeur Heimannsberg sowie Regierungsrat Dr. Specht befanden, und überreichten ein Schreiben, in dem den genannten Herren mitgeteilt wird, daß sie ihre Aemter niederzulegen haben. Die Reichswehrsoldaten waren feldmarschmäßig ausgerüstet.

Das genannte Büro meldet dann:

Wie wir erfahren, sind im Zusammenhang mit der Aktion im Polizeipräsidium der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Dr. Weiß und Kommandeur Heimannsberg gegen 5,45 Uhr abends von einem Offizier und zwölf Mann der Reichswehr verhaftet und im Kraftwagen nach der Offiziersarrestanstalt in Moabit übergeführt worden. Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidiums von Beamten Hochrufe auf die Republik ausgebracht.

Wie das Contibüro später meldet, ist der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, kurz nach 20 Uhr im preußischen Innenministerium erschienen. In seiner Begleitung befanden sich Polizeipräsident Melcher und ein Polizeioffizier. Der bisherige Minister Severing wurde aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Minister Severing erwiderte, daß er sich weigere, dieser Aufforderung nachzukommen und nur der Gewalt weichen werde. Als darauf die Anwendung von Gewalt angedroht wurde, verließ Severing die Amtsräume und begab sich in seine Wohnung, die sich im gleichen Gebäude befindet. Die Amtsentsetzung des bisherigen preußischen Innenministers ist damit vollzogen. Dr. Bracht wird die Leitung des Ministeriums Donnerstag früh übernehmen.

*

Eine amtliche Meldung vom 20. Juli lautet:

Nachdem die preußischen Staatsminister Dr. h. c. Dr. e. h. Hirtsiefer, Dr. h. c. Dr. e. h. Steiger, Klepper, Dr. Dr. h. c. Schreiber, Dr. Schmidt und Grimme dem Herrn Reichskanzler mit Schreiben vom 20. Juli d. J. erklärt haben, daß sie es ablehnen, der von ihm erlassenen Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung Folge zu leisten, hat der Herr Reichskanzler die genannten Staatsminister kraft der ihm durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 (Reichsgesetzbl. 1 S. 377) erteilten Vollmacht von der Führung der laufenden Geschäfte ihres Geschäftsbereichs als Staatsminister enthoben.

Ein Aufruf des Befehlshabers

lautet:

„Ich bin durch den Herrn Reichswehrminister zum Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich von Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ernannt worden. Ich erwarte von allen Behörden und von der Bevölkerung, daß sie meinen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassenen Anordnungen Folge leisten.

Wer diese Bekanntmachungen böswillig abreißt, verunstaltet oder beschädigt, wird bestraft.

Berlin, 20. Juli 1932.

Der Militärbefehlshaber:
gez. von Rundstedt, Generalleutnant."

Die Verhaftung des Kommandeurs Heimannsberg



Unsere Aufnahme zeigt die Verhaftung des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, durch Reichswehrsoldaten

Briefe Grzesinskis

Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, hat vorher an den Bevollmächtigten des Reichskommissars, Oberbürgermeister Bracht, ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, er könne Dr. Bracht nicht als befugt erachten, ihn zu beurlauben und ihm die Ausübung seiner Amtsgeschäfte zu untersagen. Er, Grzesinski, verbleibe daher auf seinem Platz, da er sich nach seiner Auffassung andernfalls einer Amtspflichtverletzung schuldig machen würde.

Grzesinski hat dann ein Schreiben an den Befehlshaber im Wehrkreis 3, Generalleutnant von Rundstedt, gerichtet, in dem er unter Bezugnahme auf die beigelegte Abschrift des von ihm an Dr. Bracht gerichteten Schreibens erklärt, daß er sich nicht für befugt erachte, seinen Posten als Polizeipräsident von Berlin zu verlassen.

Weiter wird in dem Schreiben Grzesinskis an

Generalleutnant von Rundstedt gegen die Uebernahme der Dienstgeschäfte des Berliner Polizeipräsidenten durch den Polizeipräsidenten in Essen, Melcher, und gegen die Uebernahme der Geschäfte des bisherigen Polizeikommandeurs Heimannsberg durch Polizeioberst Poten Einspruch erhoben. Auch Polizeivizepräsident Dr. Weiß sei, wie Grzesinski weiter schreibt, nach seiner Auffassung nach wie vor rechtsgültig im Dienste.

Außerdem hat Grzesinski an den Kommandeur des Wehrkreiskommandos 3, Generalleutnant v. Rundstedt, durch Hauptmann Hauff folgende Erklärung gerichtet:

Ich beziehe mich auf mein heutiges Schreiben und das Telephongespräch, das ich mit Ihnen, Herr Generalleutnant, auf Ihren Anruf um 15.15 Uhr geführt habe. Ich halte die von Ihnen getroffenen Maßnahmen als mit der Verfassung nicht im Einklang stehend und weigere mich, Ihrer Weisung Folge zu leisten. Ich habe Ihnen bereits und auch Ihrem Beauftragten, Herrn Hauptmann Hauff, fernerhin Kenntnis davon gegeben, daß ich als Mitglied des Landtags und Abgeordneter auf Grund der Verfassung immun sei und nicht verhaftet werden könne, auch nicht in Schutzhaft genommen werden darf. Die diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Hauptmanns Hauff halte ich für unbeachtlich.

Das Contibüro verbreitet dazu folgendes:

Die Ueberraschung der ersten Nachmittagsstunden bildeten die beiden Schreiben des Polizeipräsidenten Grzesinski, aus denen sich ergibt, daß im Berliner Polizeipräsidium eine neue Situation eingetreten ist. Mittags hatten die amtlichen Stellen den Rücktritt des Herrn Grzesinski, Dr. Weiß und Heimannsberg bereits als erfolgt angesehen, da Polizeipräsident Grzesinski erklärt hatte, daß er freiwillig gehe. Später hatte er diese Erklärung zurückgezogen unter dem Hinzufügen, er habe vom preußischen Innenminister andere Anweisungen und werde sich dazu noch schriftlich äußern. Das ist mit den beiden Briefen geschehen. Tatsächlich amtierte Polizeipräsident Grzesinski nachmittags noch in seinen Amtsräumen. Wie er uns mitteilt, hatte er seine Bereitwilligkeit zur Uebergabe der Amtsgeschäfte in der Annahme erklärt, daß die Unterlagen für seine Amtsentsetzung in Ordnung seien. Bei der Nachprüfung sei er zu anderer Auffassung gekommen. Das einzige, was er anerkennt, ist die Entziehung seiner Verfügungsgewalt über die Schutzpolizei durch den Ausnahmezustand.

Berlin bietet das normale Bild

Aus Berlin wird gemeldet: Die Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen haben im Straßenbild der Wilhelmstraße und Unter den Linden bisher keine wesentlichen Aenderungen hervorgerufen. Es bildeten sich lediglich überall kleine Gruppen, die die Ereignisse besprachen. Die Posten der Schutzpolizei taten wie gewöhnlich ihren Dienst vor den Amtsgebäuden.

Größere Ansammlungen bildeten sich gegen 2 Uhr nachmittags in der Wilhelmstraße vor der Reichskanzlei und Unter den Linden vor dem preußischen Innenministerium. Es handelte sich aber hauptsächlich um Neugierige, die militärische Maßnahmen erwarteten. Anlaß dazu bot vor allem die Tatsache, daß vor der Reichskanzlei Mannschaftskraftwagen mit Reichswehr in feldmarschmäßiger Ausrüstung vorfuhren und offenbar auf Befehle warteten. Die Schutzpolizei bemühte sich, die schaulustige Menge zu zerstreuen.

Eine spätere Meldung besagt: Infolge der sich überstürzenden politischen Ereignisse, die meist durch Extrablätter in den Filialen der einzelnen Zeitungen ausgehängt wurden und auf diese Weise dem Publikum schnell bekannt geworden sind, erwartete man, daß sich in den Nachmittagsstunden größere Ansammlungen ereignen würden. Die Straßen Berlins gaben aber das gewohnte Bild. Lediglich Unter den Linden sind vor dem preußischen Innenministerium kleinere Ansammlungen bemerkbar, die von der Polizei dauernd in Fluß gehalten werden. Um vor allen Dingen das Regierungsviertel vor größeren Ansammlungen zu schützen, wurde die Bannmeile verstärkt besetzt. Durch Ueberfallwagen wurden in aller Eile Doppelposten an alle Straßenkreuzungen der Bannmeile herangeholt. Die Aushänge der Zeitungen sind stark belagert, werden aber ohne Aeußerungen gelesen, so daß sich nirgends Reibereien ergeben. Die Gegend vor dem Polizeipräsidium ist völlig ruhig. Auch der Osten Berlins bietet das gewohnte belebte, aber völlig normale Bild.

Was sagen die Süddeutschen?

Aus Stuttgart, 20. Juli, wird gemeldet: Ueber die Stellungnahme der württembergischen Regierung zu den Vorgängen in Preußen war bis jetzt noch nichts zu erfahren. Daß die Vorgänge aber mit einer gewissen Ruhe aufgenommen werden, zeigt sich darin, daß Staatspräsident Dr. Bolz heute nachmittag zusammen mit Reichskanzler a. D. Dr. Brüning zu der angesetzten Wahlreise nach Augsburg gefahren ist, obwohl er von den politischen Vorgängen in Berlin Kenntnis hatte.

*

Eine Meldung aus München berichtet: Die Vorgänge in Preußen haben in Bayern und insbesondere in der Landeshauptstadt in politischen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt. Der Ministerrat, der am Vormittag zusammengetreten war, um andere Gegenstände zu beraten, nahm beim Einlauf der Nachrichten über die Vorgänge in Preußen sofort zu diesen Stellung.

Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, wird die bayerische Staatsregierung beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler eine Rechtsverwahrung gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen einlegen, weil sie eine solche Maßnahme als verfassungsrechtlich unzulässig erachte. Sie wird auch gleichzeitig ihren Rechtsstandpunkt vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zum Ausdruck bringen.

Die Meinung der Parteien

Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist den meisten politischen Parteien überraschend gekommen, obwohl man allerseits mit einem solchen Schritt der Reichsregierung bereits rechnete. Ueber die Stimmung in den verschiedenen Lagern erfährt das Nachrichtenbüro des VDZ. folgendes:

Während die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten ihrer Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß Reichspräsident und Reichsregierung ihrem Verlangen endlich nachgekommen sind, werden bei den Parteien der Mitte und der Linken lebhafte Bedenken gegen die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der neuen Notverordnung geltend gemacht. In Zentrumskreisen unterstreicht man den Beschluß der bisherigen preußischen Regierung, den Staatsgerichtshof anzurufen; eine offizielle Stellungnahme der Partei liegt noch nicht vor; es ist jedoch damit zu rechnen, daß der engere Parteivorstand binnen kurzem zusammentritt. Sehr erregt ist die Stimmung bei der Bayerischen Volkspartei, die mit besonderem Nachdruck auf den föderativen Charakter der Reichsverfassung hinweist. In den Reihen der Staatspartei gibt man seiner Befriedigung über die Haltung des Preußenkabinetts Ausdruck. Gegenüber der aufgetauchten Einwendung, nach Einsetzung des Reichskommissars sei die Preußische Regierung gar nicht mehr ligitimiert, den Staatsgerichtshof anzurufen, wird von maßgebender Stelle der Staatspartei erklärt, solange die preußischen Minister ihre Amtsgeschäfte dem eben erst ernannten Reichskommissar oder einem seiner Vertreter noch nicht ordnungsgemäß übergeben hätten, befänden sie sich noch im Amte und seien auch befugt, im Namen Preußens den Staatsgerichtshof anzurufen. Auch beim Volksdienst äußert man schon jetzt lebhafte Bedenken über die Verfassungsmäßigkeit der jüngsten Notverordnungen. Die Sozialdemokraten haben ihren Parteiausschuß für Donnerstag mittag 12 Uhr einberufen. Die Sozialdemokratische Partei wird, so erfährt man von dieser Seite, alles tun, um die Arbeiterbevölkerung von Unbesonnenheiten zurückzuhalten, die den Anlaß für eine Aufhebung des Termins der Reichstagswahlen geben könnten, deren Ausgang angesichts der jetzigen Entwicklung sie für sich als recht günstig beurteile. Aus volksparteilichen Kreisen wird dem Nachrichtenbüro erklärt, daß man in der ganzen Entwicklung die Früchte der Weimarer Koalitionspolitik sehe, die bis zum letzten Augenblick unbelehrbar gewesen sei und noch zum Schluß durch eine Geschäftsordnungsänderung die Bildung einer neuen preußischen Regierung fast unmöglich gemacht habe. Auch für die Nationalsozialisten sei der Reichskommissar nur der Ausweg aus einer unlösbar gewordenen Position. Man zieht bei der Volkspartei daraus den Schluß, daß die ganze Entwicklung mit ihren zweifellos vorhandenen Gefahren nur möglich gewesen sei, weil die Kräfte der nationalen Besonnenheit und Vernunft durch den Radikalismus zerstört worden seien.

*

Am Mittwoch fand eine interne Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, die sich mit der neuen Lage in Preußen beschäftigte. In Gewerkschaftskreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß sofort eine gemeinsame Besprechung von Vertretern aller Gewerkschaften einberufen werde.

Franz Bracht



Oberbürgermeister Bracht, der im 55. Lebensjahre steht, hat Rechtswissenschaft studiert und war zunächst Staatsanwalt in Essen und Hamm. Von 1911 bis 1918 war er als Regierungsrat im Reichsversicherungsamt tätig; dann wurde er als Vortragender Rat in das Reichsamt des Innern berufen. Im Jahre 1919 wurde er Ministerialdirektor im preußischen Wohlfahrtsministerium und Anfang Dezember 1923 berief ihn Reichskanzler Marx zum Staatssekretär der Reichskanzlei. Bis dahin war Bracht, der als Anhänger und Freund Stegerwalds galt, politisch nicht hervorgetreten. Im Jahre 1924 übernahm Bracht, der, wie er damals erklärte, dem Zentrum nahesteht, das Oberbürgermeisteramt der Stadt Essen.

Absetzung aller Minister

Amtsenthebung aller preußischen Minister

Zu der Sitzung des preußischen Kabinetts, die ursprünglich um 16 Uhr stattfinden sollte, die Reichskanzler von Papen dann aber auf 17 Uhr angesetzt hatte, ist kein Mitglied des preußischen Staatsministeriums erschienen. Der Reichskanzlei war vorher eine entsprechende Mitteilung gemacht worden.

In unterrichteten politischen Kreisen, so heißt es in einer Contimeldung weiter, rechnet man damit, daß auch die bisher noch amtierenden preußischen Minister daraufhin ihres Postens enthoben werden. Der Reichskanzler als Reichskommissar wird außerdem für jedes Ministerium einen besonderen Kommissar ernennen, und zwar verlautet, daß eine Reihe von Persönlichkeiten in Aussicht genommen sind, die sich als Staatssekretäre und in ähnlichen Stellen im Reich und in Preußen bewährt haben. Von unterrichteter Seite wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Anrufung des Staatsgerichtshofes die Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht aufhalten könne.

Wie das genannte Büro später erfährt, hat das Reichskabinett beschlossen, auch die übrigen preußischen Minister ihres Amtes zu entheben.

Neue preußische Minister

Die kommissarische Verwaltung des preußischen Landwirtschaftsministeriums wird nach einer T.-U.-Meldung der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Mussehl, übernehmen, das Handelsministerium der Bankenkommissar Ernst und das Finanzministerium Staatssekretär Schleusener. Wegen Uebernahme der übrigen preußischen Ministerien wird Donnerstag zunächst mit den betreffenden Staatssekretären verhandelt werden. Der Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Abegg, ist auch seines Postens enthoben worden.

Severing wieder in den Amtsräumen des Innenministeriums

Wie das Contibüro erfährt, hat Dr. Bracht das Ministerium bald nach den schon mitgeteilten Vorgängen wieder verlassen.

Eine weitere Meldung des genannten Büros berichtet: Der preußische Innenminister Severing, der um 6.30 Uhr seine Amtsräume verlassen hatte und an einer Konferenz der preußischen Minister teilnahm, die beim Minister Hirtsiefer als dem stellvertretenden Ministerpräsidenten stattgefunden hat, ist um 7.30 Uhr wieder im Ministerium des Innern erschienen. Der Minister weilt in seinen Diensträumen.

Grzesinski, Weiß und Heimannsberg aus der Schutzhaft entlassen

Nach einer Conti-Meldung sind der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, der bisherige Polizeivizepräsident Dr. Weiß und der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, aus der Schutzhaft entlassen worden. Sie haben sich sofort zu ihrem Rechtsanwalt Professor Dr. Max Alsberg begeben, um mit ihm die Rechtslage zu besprechen.

Bevor sie entlassen wurden, erschien bei ihnen ein Offizier der Reichswehr. Dieser legte jedem der Herren ein Schriftstück zur Unterzeichnung vor, das folgenden Wortlaut hat:

„Nach meiner gewaltsamen Entfernung aus dem Amt erkläre ich mich bereit, mich jeder weiteren Dienstmaßnahme zu enthalten."

Die drei Herren haben dieses Schriftstück unterzeichnet.

Das erste Versammlungsverbot durch den militärischen Befehlshaber

In Luckenwalde, wo es schon am Sonntag zu einem Ueberfall gekommen war, hatten für Mittwoch Nationalsozialisten und Kommunisten Kundgebungen einberufen. Der Regierungspräsident in Potsdam schickte ein größeres Schupoaufgebot mit Karabinern nach Luckenwalde und machte gleichzeitig dem militärischen Befehlshaber in der Provinz Brandenburg Mitteilung, daß Zusammenstöße zu befürchten seien. Der militärische Befehlshaber hat daraufhin beide Kundgebungen verboten.

Bayerns Einspruch

Der bayerische Ministerpräsident Held hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gesandt:

Durch die Notverordnung vom Heutigen in schwerer Sorge um die verfassungmäßigen Rechte und die Existenzgrundlage der deutschen Länder teile ich Eurer Exzellenz ergebenst mit, daß ich für die bayerische Regierung beim Herrn Reichskanzler heute Rechtsverwahrung eingelegt und Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtsfrage beantragt habe.

In treudeutscher Ergebenheit und Verehrung

Ministerpräsident Dr. Held.

Das Telegramm an den Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

Die Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung und die Amtsenthebung von Landesministern ist nach Auffassung des bayerischen Gesamtministeriums mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Notverordnung vom 20. Juli berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Namens der bayerischen Staatsregierung lege ich förmlich Rechtsverwahrung ein. Antrag beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Entscheidung der Rechtsfrage ist von uns gestellt.

Ministerpräsident Dr. Held.

An den Staatsgerichtshof in Leipzig hat die bayerische Staatsregierung telegraphisch folgenden Antrag eingereicht:

Namens der bayerischen Staatsregierung beantrage ich für das Land Bayern zu erkennen: Die Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung sowie Amtsenthebung von Landesministern, die in der Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 vorgesehen, ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Zur Begründung des Antrages nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinheitlichungsgesetzes. Weitere Begründung bleibt vorbehalten. Erbitte Terminbekanntgabe.

Ministerpräsident Dr. Held.

Ueber den Standpunkt der hessischen Regierung

zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wird aus Darmstadt mitgeteilt:

Die hessische Regierung hat sich seinerzeit ebenso wie die anderen süddeutschen Regierungen mit Nachdruck gegen die vom Reich verfügte Beseitigung des Uniform- und Demonstrationsverbotes der Länder und gegen den Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars gewandt. Es bestehe danach kein Zweifel, daß Hessen angesichts der jüngsten Ereignisse in Preußen an diesem Standpunkt mit Entschiedenheit festhalte. Weiter wird erklärt, in hessischen Regierungskreisen sei man befremdet über die Plötzlichkeit und Form, mit der die Reichsregierung gegen Minister des größten deutschen Landes vorgegangen sei. Man begrüße es darum in Darmstadt, daß verschiedene Länder zur Prüfung der Rechtsgültigkeit des Vorgehens der Reichsregierung an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich appelliert haben.

Ein Protest der Deutschen Staatspartei

Die Leitung der Deutschen Staatspartei erläßt eine Protesterklärung, in der es u. a. heißt, das Vorgehen des Reichskabinetts von Papen-Schleicher bedeute eine schwere Erschütterung der historischen Stellung Preußens wie der Reichseinheit. Es zerstöre die staatsbürgerliche Freiheit im Augenblick wichtiger politischer Entscheidungen und untergrabe die Staatsautorität und die Kraft des Reiches im Kampfe um Deutschlands Gleichberechtigung und nationale Freiheit. Die Deutsche Staatspartei weise gleichzeitig mit Entrüstung eine Begründung zurück, die in einer nie dagewesenen Form amtlicher Aeußerungen aufrechten Staatsmännern und pflichttreuen Beamten die innere Unabhängigkeit absprechen.

Ein Aufruf der Gewerkschaften

Von den Gewerkschaftsverbänden wird folgender Aufruf verbreitet:

Die neuesten politischen Ereignisse haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen. Die entscheidende Antwort wird das deutsche

Auch das Staatsministerium wird besetzt



Das preußische Staatsministerium in der Wilhelmstraße wurde ebenfalls von einer Abteilung Reichswehrsoldaten besetzt

Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Allgemeiner Freier Angestelltenbund,
Gesamtverband der Christl. Gewerkschaften Deutschlands,
Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter,
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund,
Deutscher Beamtenbund.

Generalleutnant von Rundstedt



auf den als Befehlshaber des Wehrkreises 3 nach der Erklärung des militärischen Ausnahmezustandes für Berlin und Brandenburg die vollziehende Gewalt übergegangen ist.

von Papen am Mikrophon

In der für die Reichsregierung vorbehaltenen Stunde hielt Mittwoch abend 19 Uhr **Reichskanzler von Papen** im Rundfunk folgende Rede:

Deutsche Frauen und deutsche Männer!

Mit dem heutigen Tage bin ich durch den Herrn Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmachten den bisherigen preußischen Ministerpräsidenten Braun und den preußischen Minister des Innern Severing ihrer Aemter enthoben. Die Reichsregierung hat sich nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage entschlossen, diesen Schritt dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Sie beschränkt sich dabei auf die notwendigsten Maßnahmen, die zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände im preußischen Staatsgebiet erforderlich sind.

Lassen Sie mich zum Verständnis der Lage kurz die politische Situation in Preußen und die Gründe für die getroffenen Maßnahmen schildern. Die preußische Staatsregierung ist bereits am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und führt seitdem nur die laufenden Geschäfte gemäß Artikel 59 der preußischen Verfassung. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag, und zwar von den Parteien der Weimarer Koalition herbeigeführten Aenderung der Geschäftsordnung nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die auf diesen Vorgängen beruhende parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der taktischen Haltung der kommunistischen Partei abhängig. Denn nach den Wahlen zum Preußischen Landtag entfallen 47 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP. und DNVP. 37 Prozent auf alle übrigen Parteien und der Rest von 16 Prozent auf die Kommunisten. Ich will hier nicht im einzelnen zu der Frage Stellung nehmen, wie weit man noch von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Haltung der einzelnen Parteien der kommunistischen Partei eine Schlüsselstellung eingeräumt wird. Diese Vorgänge allein hätten aber die Regierung an sich nicht veranlaßt, einen unmittelbaren Einfluß auf die Verhältnisse in Preußen zu nehmen. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen:

Die Kommunistische Partei Deutschlands erstrebt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen des höchsten deutschen Gerichtes den gewaltsamen Umsturz der Verfassung; sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zersetzung von Polizei und Wehrmacht; sie versucht mit den verschiedensten Methoden die Zerstörung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstums; und endlich ist es die KPD., die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen hat. Will sich das deutsche Volk dieser Tatsachen verschließen; will es außer acht lassen, daß die Tätigkeit der KPD. einen beharrlichen Kampf gegen die Lebensgrundlagen von Staat, Kirche, Familie und Millionen von Einzelschicksalen bedeutet? Das kann nicht sein! Ich stehe nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die ernste Pflicht einer jeden Regierung ist, einen klaren Trennungsstrich zwischen den Feinden des Staates, den Zerstörern unserer Kultur und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volkes zu ziehen.

Weil man sich zu dieser, den einfachen und natürlichen Rechtsempfinden entsprechenden Folgerung nicht entschließen konnte, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegungen außer acht ließ, hat sich von Monat zu Monat und von Tag zu Tag die Radikalisierung des politischen Kampfes gesteigert. Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP. einreiht. Die Reichsregierung ist frei von parteipolitischen Bindungen, sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß die Grundlagen des Staates durch eine solche gleichberechtigte Einschaltung staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf aufs äußerste gefährdet werden.

Die Reichsregierung hat in ernster Sorge diese Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse beobachtet. Sie hat seit Antritt ihres Amtes nach reiflicher Ueberlegung darauf verzichtet, in diese Entwicklung einzugreifen, solange sie eine Sache der Parteien blieb. Die Regierung war aber von dem Augenblick an zu eigenem Handeln verpflichtet, von dem an die zuerst nur aus parteitaktischen Gründen erfolgte Einschaltung der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die NSDAP. auch auf Maßnahmen verantwortlicher Regierungsstellen übergegriffen hat. Hier geht es um die Autorität des Staates. Hier durfte nicht gezögert werden, im Interesse des Staates sofort Klarheit zu schaffen. Diese zwingende Notwendigkeit eines Eingriffes hat sich gegenüber der preußischen Staatsregierung ergeben. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen Umfang annehmen konnten, der eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt.

Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen Umfang annehmen konnten, der eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden ist. Die Feststellungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die weitaus überwiegende Zahl der schweren Unruhen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist. Alle einzelnen polizeilichen Maßnahmen, der hingebende Einsatz der örtlichen Polizeiorgane, haben eine dauernde und sichere Herstellung geordneter Verhältnisse nicht erzielen können. Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewußte Führung gegen die Urheber der Unruhen gelöst werden. Die Reichsregierung hat die Feststellung treffen müssen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD. zu treffen. Wenn beispielsweise hohe Funktionäre des preußischen Staates ihre Hand dazu bieten, Führern der kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen; wenn offen ein preußischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise der Kommunisten nicht stören — dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reiches unerträglich ist.

Die Maßnahmen der Reichsregierung richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen. Sie beschränken sich bewußt darauf, die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustandes zu schaffen. Diese Grundlage muß aber die Wiederherstellung einer Staatsautorität sein, die völlig frei von einer nur irgendwie gearteten Verbindung zur staatsfeindlichen kommunistischen Partei ist.

Die Reichsregierung will durch ihre Maßnahmen eine geordnete Durchführung des Wahlkampfes sicherstellen. Sie wird die freie politische Betätigung nur so weit einschränken, als es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die Ruhestörer — gleichgültig von welcher Seite sie kommen — so scharf in ihre Schranken zurückgewiesen werden müssen, daß dem Volke der Austrag des Wahlkampfes ermöglicht wird.

Im Verlaufe der von mir als Reichskommissar für Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß der bisherige preußische Innenminister der verfassungsmäßig zu Recht erfolgten Verfügung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Nur aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, einer Ermächtigung des Herrn Reichspräsidenten folgend, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg erklären müssen. Der militärische Ausnahmezustand wird selbstredend nur solange aufrecht erhalten, als es die Herstellung gesicherter Verhältnisse verlangt. Ich wiederhole die Erklärung der Reichsregierung von heute vormittag:

> Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Mein Wunsch, mit den übrigen preußischen Ministern zusammenzuarbeiten, ist inzwischen durch einen Brief durchkreuzt worden, in dem die Herren es ablehnen, mit mir zusammenzuarbeiten. Damit haben diese Herren selbst eine neue Sachlage geschaffen.

Die Reichsregierung wird auf dem von ihr als richtig erkannten Wege unbeirrt fortschreiten.

Regierungskrise in Italien

5 italienische Minister treten zurück Mussolini übernimmt das Außenministerium

Agenzia Stefani meldet: Der König hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocco, des Erziehungsministers Giuliano und des Korporationsministers Bottai entgegengenommen.

Er ernannte zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen den Regierungschef, zum Justizminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Rom, Professor de Francisci, zum Finanzminister den Abgeordneten Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Palermo, Professor Ercole.

*

Zur Umbildung der italienischen Regierung schreibt Il Piccolo, die Mittagsausgabe des Giornale de Italia, es handle sich um einen jener **normalen Personenwechsel, die Mussolini von Zeit zu Zeit vornehme, um frische und neue Kräfte zur höchsten Regierungsverantwortung heranzuziehen,** ohne damit etwas an der augenblicklichen klaren Linie auf allen Gebieten der staatlichen Tätigkeit zu ändern. Die wirtschaftlichen Probleme zeigen ja eine ständig stärker werdende Verflechtung mit den Problemen der Außenpolitik, sodaß die Zusammenlegung der Leitung dieser beiden Ministerien den gegebenen Verhältnissen entspricht.

Nach einem besonderen Hinweis darauf, daß in das neue italienische Ministerium auch Vertreter der Wissenschaft, nämlich die Rektoren der Universitäten von Rom und Palermo, und der Generalstaatsanwalt am Appellationsgericht, einbezogen worden sind, erinnert das Blatt daran, daß der neue Finanzminister Jung sich bereits wirtschaftlich und finanziell als Leiter des italienischen Ausfuhrinstituts einen guten Namen gemacht hat. Unter den neuen Unterstaatssekretären erwähnt das Blatt besonders den Unterstaatssekretär beim Präsidium, Rossoni, der in den ersten Jahren des Regimes die faschistischen Arbeiter organisierte und sie auch Jahre hindurch auf der Internationalen Arbeitskonferenz vertreten hat, sowie an den neuen Unterstaatssekretär im Außenministerium Suvich, der bisher das Verkehrskommissariat leitete. Jung ist zurzeit Präsident des Finanzkomitees des Völkerbundes und gilt als besonders gründlicher Kenner der mitteleuropäischen und der Donauprobleme.

*

Den Aenderungen in der Besetzung der Ministerposten können folgende Aenderungen bei den Unterstaatssekretären hinzugefügt werden: Der Rücktritt der Unterstaatssekretäre beim Ministerpräsidium Giunta, beim Auswärtigen Fani, bei der Volkserziehung die Marzo, bei den Finanzen Casalini und Rosboch, bei der Justiz Morelli, beim Verkehrswesen Pennavaria, Cao und Pierazzi ist angenommen worden. Zu neuen Unterstaatssekretären wurden ernannt: Rossini im Ministerpräsidium, im Auswärtigen: Antonio Albertini, bei den Finanzen: Asquini und Biagi, im Kultusministerium: Puppini, bei der Volkserziehung Romano, Postiglione und Lojacono im Verkehrswesen. Laut einem anderen Dekret, das dem König zur Unterschrift vorgelegt wurde, ist Exc. Casalini zum Vorsitzenden des italienischen Ausfuhrinstituts ernannt worden.

Der Regierungschef hat außerdem verfügt, daß die Generaldirektion für Kultusangelegenheiten dem Innenministerium angegliedert werde.

*

In Kreisen führender Finanzleute in Basel, die mit Italien rege Beziehungen unterhalten, verlautet auf Grund von Meldungen, welche aus Mailand eingetroffen sind, daß die Umbildung des italienischen Kabinetts zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil des Ministeriums und speziell Mussolini mit dem Ausgang der Lausanner Konferenz nicht besonders zufrieden waren. Italien habe in Lausanne einer Streichung der Reparationen zugestimmt, ja sei entschieden dafür eingetreten, ohne jedoch eine Streichung der eigenen Schulden erhalten zu können. Weiter hätten die Verhandlungen in Lausanne eine gewisse Neuorientierung der italienischen Politik notwendig erscheinen lassen. Verschiedene Minister, so Musconi, sollen sich zusammen mit Grandi einer solchen Neuorientierung widersetzt haben, was dann dazu führte, daß ihnen die Demission nahegelegt wurde. Dies sei übrigens schon vor einigen Tagen geschehen.

Die Abrüstungskonferenz

Der Entschließungsentwurf der Abrüstungskonferenz

Der Text des Entschließungsentwurfs, mit dem die Tagung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz abgeschlossen werden soll, ist sämtlichen Delegationen zugegangen. Die Entschließung beginnt mit einer allgemeinen Einleitung, in der es u. a. heißt:

Die Konferenz hält daran fest, daß sie die Aufgabe hat, einen ersten entscheidenden Schritt, der eine substantielle Herabsetzung der Rüstungen mit sich bringt, zu vollziehen. Weiter wird die Initiative Hoovers, dessen Vorschlag darauf abzielt, die gesamten Rüstungen um ein Drittel herabzusetzen, begrüßt.

Zum Schluß heißt es, die Konferenz beschließt einmütig:

1. Es wird eine substantielle Herabsetzung der Weltrüstungen vollzogen mittels einer allgemeinen Konvention, die sich auf die Landrüstungen, die Seerüstungen und die Luftrüstungen erstreckt. 2. Ein wesentliches Ziel, das es zu erreichen gilt, ist die Herabsetzung der Angriffsmittel.

Die Entschließung der Abrüstungskonferenz stellt in ihrem materiellen Teil fest, daß schon jetzt ein Einvernehmen über eine gewisse Anzahl von wichtigen Punkten hergestellt werden müßte. Die Konferenz beschließt, ohne daß spätere weitergehende Vereinbarungen dadurch präjudiziert würden. Sie beschließt ferner, gewisse Grundsätze als Basis für neue Rüstungsherabsetzungen aufzustellen. Schließlich beschließt die Konferenz, das Verfahren festzustellen, das notwendig ist, um die Arbeiten der Konferenz aktiv fortzusetzen.

Die in der Resolution vorgeschlagenen „konkreten Abrüstungsmaßnahmen" beziehen sich auf die Luftrüstungen, die Landrüstungen, den chemischen und bakteriologischen Krieg und die Abrüstungskontrolle.

Bezüglich der Luftrüstungen heißt es in der Entschließung:

1. Jeder Luftangriff gegen die Zivilbevölkerung wird uneingeschränkt verboten, 2. die vertragschließenden Mächte verpflichten sich gegenseitig, jedes Luftbombardement abzuschaffen. Außerdem werden die Zivilflugzeuge, deren Merkmale die festgesetzten Grenzen übersteigen würden, einem internationalen Regime unterworfen werden, das geeignet ist, den unzulässigen Gebrauch dieser Flugzeuge wirksam zu verhindern. Diesem internationalen Regime sollen einige Gegenden, für die es nicht geeignet ist, ausgenommen bleiben.

Auf dem Gebiet der Landrüstungen wird die Einheitshöchsttonnage der Kampfwagen begrenzt werden. Ueber die schwere Artillerie, die augenblicklich noch Gegenstand von Verhandlungen ist, enthält die Resolution eine Lücke, die noch ausgefüllt werden soll.

Ueber den chemischen und bakteriologischen Krieg sowie die Flammenwerfer heißt es in dem vorliegenden Text, daß diese Kriegsarten unter bestimmten Bedingungen verboten werden. Ferner soll eine ständige Abrüstungskontrollkommission eingesetzt werden.

Der dritte Teil des Resolutionsentwurfs enthält Vorschriften über die Fortsetzung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz, die im wesentlichen schon bekannt sind. Zunächst soll das Büro bis zum Wiederzusammentritt der Vollkonferenz weiter tagen, um die endgültigen Texte über die oben aufgeführten Fragen zu formulieren. Weiter soll das Büro in dieser Zeit konkrete Vorschläge über folgende Fragen, die „noch eines eingehenden Studiums bedürfen", prüfen und evtl. ausarbeiten:

1. Effektivstärke der Land-, See- und Luftrüstungen. 2. Begrenzung der Ausgaben für die nationale Verteidigung. 3. Waffenhandel und Waffenfabrikation. 4. Seerüstungen. 5. Bestimmungen über Verstöße gegen das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges sowie des Luftbombardements. 6. Dispositionen über die Wiederaufnahme der Konferenzarbeiten.

Unter der Ueberschrift „Allgemeine Bestimmungen" wird festgestellt, daß die vorliegende Resolution in keiner Weise die Haltung der Konferenz präjudiziere bezüglich der Vorschläge politischer Natur, die von verschiedenen Delegationen gemacht worden seien.

Zum Schluß wird den Regierungen empfohlen, das von der letzten Völkerbundsversammlung beschlossene Rüstungsfeierjahr über den 1. November hinaus um vier Monate zu verlängern. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß bis zur Wiederaufnahme der Konferenzarbeiten und während der zweiten Phase der Konferenz keine Regierung Maßnahmen ergreift, die geeignet waren, die Vorbereitung der allgemeinen Abrüstungskonvention zu kompromittieren. Das Büro der Konferenz soll in der zweiten Hälfte des Monats Dezember zusammentreten. Für den Wiederzusammentritt der Vollkonferenz wird kein bestimmtes Datum genannt, sondern lediglich festgestellt, daß die Einberufung innerhalb von vier Monaten nach dem Zusammentritt des Büros erfolgen werde.

Chinesisch-japanische Kämpfe in der Mandschurei

„Times" zufolge ist es in der Provinz Jehol (Mandschurei) zu Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern gekommen. Nach japanischen Berichten war ein japanischer Beamter, der Verhandlungen mit dem Gouverneur der Provinz über den Opiumhandel, anscheinend im Zusammenhang mit dem von der neuen mandschurischen Regierung geplanten Opiummonopol führte, von den Chinesen gefangen genommen worden. Deshalb wurden japanische Truppenabteilungen an Ort und Stelle entsandt.

Von chinesischer Seite wird gemeldet, daß japanische Flugzeuge die Stadt Tschaoyang, nordwestlich von Tschintschau, mit Bomben beworfen hätten.

Der Aufstand in Brasilien

Neuer Erfolg der Bundestruppen

Die brasilianischen Bundestruppen haben den Aufständischen die Stadt Itarare entrissen. Dies ist die vierte Stadt, die in den letzten zwei Tagen in ihre Hände gefallen ist.

Teilweises Zahlungsmoratorium

Aus Rio de Janeiro, 20. Juli, wird berichtet: In einer gestern erlassenen Verordnung wird die Ermächtigung dazu gegeben, Zahlungen, die in brasilianischer Währung zu leisten sind, bis zum 20. August aufzuschieben.

Ueberraschende Einberufung des Hessischen Landtags

Das Plenum des Hessischen Landtages ist auf Donnerstag kommender Woche, vormittags 11 Uhr, einberufen worden. Wenn die Einberufung auch insbesondere mit Anträgen auf Hilfe für die Hochwassergeschädigten begründet ist, so ist doch ein Hauptpunkt der Tagesordnung ein nationalsozialistischer Antrag, in den Artikel 37 der Verfassung einen Absatz 4 einzufügen, der besagt:

„Das Gesamtministerium kann aus dem Staatspräsidenten allein bestehen."

Die Vorschriften dieses Absatzes 4 sollen dann entsprechend auf die übrigen Verfassungsbestimmungen hinsichtlich der Regierung und ihrer Pflichten Anwendung finden. Auf der Tagesordnung stehen außerdem noch einige nationalsozialistische Anträge auf Verhängung des Ausnahmezustandes und auf Entlassung von Polizeioffizieren.

Unruhen und ihre Opfer

Keine Amnestie in Hamburg

In einer Sitzung des Amnestieausschusses der Hamburger Bürgerschaft wurde die nationalsozialistische Amnestievorlage nach Ausführungen des Senatsvertreters Dr. Struve, der sich im Hinblick auf die Unruhen in Altona entschieden gegen eine Amnestie wandte, mit 7 Stimmen der Regierungsparteien und Deutschnationalen gegen 6 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Die Altonaer Untersuchung. — 28 Haftbefehle

Die Justizpressestelle in Altona erklärt, daß die Annahme, die Fälle würden sämtlich demnächst im Schnellverfahren abgeurteilt werden, falsch sei. Es handele sich im wesentlichen um Mord bezw. Mordversuche, sodaß das Schnellgerichtsverfahren nicht in Frage kommt. Das schließe jedoch nicht aus, daß einige Fälle vor den Schnellrichter gelangen könnten. Im übrigen habe die Staatsanwaltschaft in 84 Fällen Haftbefehle beantragt. Bisher seien erst 38 Vernehmungen abgeschlossen. 28 Haftbefehle seien erlassen und 10 Personen seien enthaftet worden.

Feuerüberfall auf ein Polizeikommando. — Ein Toter

Das Wolffbüro berichtet: Nachts war der Stralsunder Polizei nach einer Hitler-Kundgebung gemeldet worden, daß Angehörige der Eisernen Front im Anmarsch auf Stralsund seien. Zur Verstärkung wurde deshalb ein Stettiner Schutzpolizeikommando nach Regast gesandt. Unterwegs wurde das Kommando in einem Walde plötzlich heftig beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und umstellten das Waldstück. Ueber 100 Personen, die dort im Hinterhalt gelegen hatten, wurden festgenommen. Man fand eine Menge Pistolen, 77 Schuß Munition, 14 feststehende Messer, zahlreiche Gummiknüppel, Stahlruten, Totschläger und mit Nägeln beschlagene Knüppel und andere Schlagwerkzeuge. Eine mit Verbandszeug gefüllte Aktentasche wurde beschlagnahmt. Die Verhafteten, unter denen sich sozialdemokratische Führer aus Stralsund befanden, wurden von den Polizeibeamten mit gezogener Pistole abgeführt. Beim Feuergefecht im Walde wurden einige Personen verletzt. Der der Eisernen Front angehörende Lehrer Krull aus Greifswald wurde mit einem Kopfschuß ins Krankenhaus eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. Bei neuen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden wurden auf dem Marktplatz in Stralsund einige Nationalsozialisten durch Messerstiche und Schläge schwer verletzt.

Ein Toter bei Zusammenstößen in Weißwasser

Als in Weißwasser Polizei gegen Kommunisten einschreiten wollte, die sich vor einem nationalsozialistischen Versammlungslokal angesammelt hatten, sollen die Beamten aus einem Hause mit Steinen beworfen und auch beschossen worden sein. Die Polizei feuerte bei der Säuberung der Straßen mehrere Schüsse ab. Es sollen ungefähr 15 Schüsse gefallen sein. Der 30jährige kommunistische Jugendführer Kanitz wurde durch einen Steckschuß in den Hals so schwer verletzt, daß er bald starb. Ein weiterer Kommunist wurde schwer verletzt. Ob weitere Demonstranten verletzt sind, steht noch nicht fest, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Infolge dieses Vorfalles wurde das Görlitzer Ueberfallkommando alarmiert, mit dessen Hilfe die Ruhe wieder hergestellt wurde.

Aus der DVP

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Bekanntlich hat die Deutsche Volkspartei ihre Reichsliste mit derjenigen der Deutschnationalen vereinigt. Daher erscheint die Deutsche Volkspartei nicht unter dem Verzeichnis der eingereichten Reichswahlvorschläge. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei in sämtlichen 35 Wahlkreisen eigene Wahlvorschläge eingereicht, die überall die Nummer 6 führen. Die in den Wahlkreisen nicht verbrauchten Reststimmen der Deutschen Volkspartei kommen auf der Reichsliste der Deutschnationalen zur Verrechnung. Sie erhält von dieser Liste diejenigen volksparteilichen Mandate, die nach ihrer Reststimmenzahl sich ergeben. So geht keine Stimme verloren.

Die NSDAP-Korrespondenz zu dem Aufruf der Fuldaer Bischofskonferenz

Angesichts des Aufrufes, der anläßlich der Bischofskonferenz in Fulda zu den bevorstehenden Reichstagswahlen erfolgte, erklärt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz u. a., daß die NSDAP sich von jeher für die Förderung und den Schutz der religiösen Interessen sowie auch für die Stellung der christlichen Kirchen ohne Unterschied der Konfessionen eingesetzt habe. Sie habe sich in konsequenter Folge für die Erhaltung des Friedens und der sozialen Wohlfahrt des Volkes verwendet. Sie allein sei für den Schutz der konfessionellen Schulen und der christlichen Religion in der Tat eingetreten. Sie werde dies auch in Zukunft weiterhin tun.

Der Wahlaufruf des Christl.-Sozialen Volksdienstes

enthält nach einer Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse u. a. folgende Sätze:

„... In dieser Stunde größter vaterländischer Not geht unser Ruf an alle Evangelischen Deutschlands, die Kräfte lebendigen evangelischen Glaubens zu mobilisieren und geschlossen einzusetzen zur Rettung von Volk und Stat. Wir wenden uns an die evangelischen Christen innerhalb der alten Parteien und fordern sie auf, der Stimme des evangelischen Gewissens in ihrer Partei Gehör zu verschaffen und evangelischer Staats- und Wirtschaftsgesinnung zum Durchbruch zu verhelfen. Unser Ruf richtet sich aber vor allem an diejenigen Evangelischen, die den Glauben an das alte Parteiwesen verloren haben. Der unaufhaltsame Zusammenbruch der alten Parteien zwingt alle, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Staat und vor Gott bewußt geworden sind, einen neuen Weg zur Rettung des Vaterlandes zu beschreiten. Im Volksdienst ist ein solcher neuer Weg des politischen Dienstes evangelischer Christen gebahnt und beschritten worden. Es ist das Gebot der Stunde, diesen Stützpunkt einer Politik aus evangelischer Glaubenshaltung so stark wie möglich auszubauen .... Kämpft mit uns im Volksdienst gegen die Krise des Staates mit einer Staats- und Wirtschaftsauffassung, die aus lebendigem evangelischem Glauben kommt! Arbeitet mit uns an der Schaffung einer wirklichen, Gott sich verantwortlich wissenden Obrigkeit, die den Mut zu starker Führung hat und die gleichzeitig die freudige Mitarbeit und Mitverantwortung des Volkes an seinem Staate weckt und sichert. Der Volksdienst wendet sich gegen die Verachtung des Staates durch den marxistischen Linksradikalismus wie gegen seine Vergötzung durch den Faschismus. Beide sind Totengräber eines wahren und gesunden Staates. Der Volksdienst kämpft gegen die Versuche, in Deutschland eine Partei- oder Klassendiktatur aufzurichten. Er tritt für die gleichberechtigte Eingliederung aller schaffenden Stände in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Der Volksdienst will in dieser Zeit schwerster Krise gegen alle Versuche, die Lasten einseitig auf die Schultern der Schwachen abzuwälzen, die Solidarität des ganzen Volkes bei der Ueberwindung der Wirtschaftsnot zur Geltung bringen."

Dynamitexplosion auf einem Boot. — 13 Tote

Aus Brockville (Ontario), 20. Juli, wird berichtet: Ein Boot mit 16 Mann Besatzung ist gestern auf dem St. Lawrence-Strom durch eine Dynamitexplosion zerstört worden. Zwei Mann der Besatzung wurden getötet und drei verletzt. Die elf anderen werden vermißt und man befürchtet, daß sie ebenfalls ums Leben gekommen sind. Die Besatzung des Bootes war im Augenblick der Katastrophe damit beschäftigt, Untiefen im Flußbett durch Dynamitsprengungen zu beseitigen.

Anordnung

Auf Grund des § 5 der Verordnung vom 3. Mai 1932 (Regierungsamtsblatt Seite 132) wird der Mindestpreis für verkaufsfertige Vollmilch (Trinkmilch) bei Lieferung an Milchkleinhändler im Sinne des § 1 a. a. O. frei Remscheid, Solingen und Wuppertal und frei Stadt bezw. Amt des Rhein-Wupper-Kreises mit Wirkung vom 15. Juli 1932 auf 14½ Rpf festgesetzt.

Der Mindesteinstandspreis des Großhändlers im Sinne des § 1 Absatz 2 der Verordnung vom 3. Mai 1932 wird in dem vorgenannten Bezirk auf 13 Rpf festgesetzt. Als Großhändler in diesem Sinne gilt nur derjenige Molkereiinhaber, in dessen Betrieb ein wesentlicher Teil des Umsatzes an Trinkmilch regelmäßig bearbeitet (pasteurisiert) wird und die von Kleinhändlern zurückgelieferten Milchmengen verarbeitet werden.

Bei Abgabe der gesamten Milch darf dem Erzeuger nur der Teil als Werkmilch berechnet werden, der keinen Absatz als Trinkmilch findet.

Mit Molkereien und auch auswärtigen Bezirken, ist die Vereinbarung eines vom Trinkmilchpreis abweichenden Preises nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten zulässig.

Der Handel ist verpflichtet, über die als Trinkmilch verwerteten und die zu Molkereiprodukten verarbeiteten Mengen, sowie dem einzelnen Lieferanten ausgezahlten Preise, beim Erzeuger Trink- und Werkmilchpreise gesondert, Aufzeichnungen zu machen, die ein halbes Jahr lang aufzubewahren sind.

Unzulässige Erweiterungen der Handelsspanne auf Kosten der Erzeuger werden mit der Schließung des Betriebes geahndet.

Unterbietungen des ortsüblichen Kleinverkaufspreises, die zu einer Störung des Milchmarktes führen, werden verfolgt.

Im Rhein-Wupper-Kreis darf der Preis für Vollmilch (Trinkmilch) bei Abgabe im Kleinhandel frei Haus 22 Rpf nicht übersteigen, wenn dem Lieferanten frei Stadt bezw. Amt des Kreises weniger als 1 Rpf über dem verordneten Mindestpreis gezahlt wird.

Düsseldorf, den 8. Juli 1932.

Der Regierungspräsident. Gez.: Bergemann.

Veröffentlicht: Opladen, den 18. Juli 1932.

Der Landrat I. V.: Stapmanns.

Deutsche Frauen und Mädchen!

Die Gaufrauenschafts-Leiterin der NSDAP

Frau P. Siber, M. Gladbach

spricht am Samstag, den 23 ds. Mts., abends 8.30 Uhr im Lokale „Zur alten Post" (Witwe Urbahn) in

großer öffentlicher Kundgebung

über das Thema

Die deutsche Frau gestern - heute - morgen

Eintritt 20 Rpf

NSDAP, Ortsgruppe Burscheid.

Auf dem Drauberg

Sonntag, den 24. Juli 1932, großes

Konzert

ausgeführt vom Posaunenchor Neuenhaus (24 Musiker). Außerdem großes

Preiskegeln sowie Kinder-Belustigungen

Die Kinder versammeln sich um 2.30 Uhr an der Rotbuche, von wo es geschlossen zum Drauberg geht. — Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. — Eintritt für Nicht-Mitglieder 20 Rpf, Mitglieder und alle Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Eintritt. — Anfang 3 Uhr.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

der Naturheilverein Burscheid eV

Ich verlegte meine Wohnung nach Hauptstraße 98, im Hause des Herrn Max Pott.

Die Restbestände, Knaben- und Jünglingsanzüge, Überzieher, Maleranzüge, blaue Arbeitsanzüge in Größe 38-40, Knabenhöschen, Stoffreste werden zu jedem annehmbaren Gebote abgegeben.

Friedrich Spies

Burscheid. Hauptstraße 98.

Lest

Eure Heimatzeitung, den „Bergischen Volksboten" (Burscheider Zeitung)

Gewiss, Sie lieben Ihr Kind,



kaufen Sie ihm aber die richtigen Schuhe?

ADA-ADA - Schuhe sind schön und haltbar und haben vollendete Paßform.



Zu haben bei

Schuh-Rombelsheim

Opladen

Düsseldorferstr. 3

Kämpchenstr. 11

(Eigene Reparatur - Werkstätte)

Fahrpläne

zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung

Achtung! Achtung!



Es wird am **Samstag, d. 23. Juli,** vormittags von 8 bis 10 Uhr, an der Wirtschaft **H. Prante in Hilgen** ein großer Transport von

80 oldenb. Schweinen

das Stück von 6 RM. an, auch größere Läuferschweine, spottbillig verkauft.

Wilh. Kutsch

Bossel / Obersprockhövel.



Junge, hochtragende

Kuh

steht zu verkaufen.

Rüßmann, Oberwietsche.

Hühnerstall

ca. 6 mal 16 m, zerlegbar auch für andere Zwecke geeignet, zu verkaufen.

Angebote unter **K. O. 45** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Otto Renzmann

Baustoffhandlung

Heide-Hilgen

Fernsprecher Amt Burscheid 527

liefert ab Lager und frei Haus zu günstigen Preisen

Tonrohre, Krippenschalen
Zementrohre
Zementrinnen
Zementplatten
Basaltplatten
Kaminrohrsteine
Fußboden- u. Wandplatten
Spülsteine

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 169 — 2. Blatt — Donnerstag, 21. Juli 1932

Fahrpreisermäßigung für erwerbslose Jugendliche

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hatte in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten unter dem 23. April 1932 mitgeteilt, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft den Teilnehmern an solchen Erwerbslosen-Kursen, die von den Arbeitsämtern auf Grund des § 137 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 eingerichtet sind, die Fahrpreisermäßigung der Schülerrückfahrkarten (50 Prozent) zugänglich macht. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die Reichsbahngesellschaft nunmehr die Vergünstigung erweitert. Die Fahrpreisermäßigung wird auch den Erwerbslosen gewährt, die an den von staatlichen und kommunalen Stellen sowie Vereinen und Verbänden veranstalteten Erwerbslosen-Lehrgängen teilnehmen, soweit diese der staatlichen Organisation der Jugendpflege angehören. Die Reichsbahndirektionen haben Anweisung erhalten, den bei ihnen eingehenden Anträgen in diesem Sinne zu entsprechen. Ueber die Stellung der Anträge zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung macht der Preußische Minister für Volkswohlfahrt auf folgendes aufmerksam:

„Die Träger der bezeichneten Veranstaltungen richten die Anträge auf Gewährung der erstrebten Fahrpreisermäßigung durch Vermittlung des für den Ort der Veranstaltung zuständigen Regierungspräsidenten bezw. Oberpräsidenten in Charlottenburg an die in Frage kommenden Reichseisenbahndirektionen. Die Regierungsstellen haben zu prüfen, ob die für die Gewährung der Fahrpreisermäßigung erforderlichen Voraussetzungen tatsächlich gegeben sind, und haben mit dem Vermerk der Zustimmung gegenüber der Reichsbahn die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Fahrpreisvergünstigung nur in solchen Fällen zuerkannt wird, in denen es sich wirklich um Veranstaltungen für erwerbslose Jugendliche handelt".

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt weiterhin mit: „Wenn etwa noch andere Stellen — — Schulverwaltungen, Arbeiter- und Handwerkerverein usw. — kostenlose Kurse für Erwerbslose veranstalten und sich um Einbeziehung in die Fahrpreisvergünstigung bemühen, werden sie von den Reichsbahndirektionen an die Arbeitsämter, staatlichen oder kommunalen Stellen oder Vereine, die der staatlich organisierten Jugendfürsorge angehören, verwiesen werden. Diese müßten dann als Träger der Veranstaltungen gegenüber der Reichsbahn auftreten.

Außer Schülerrückfahrkarten werden nunmehr auch Schülermonatskarten ausgegeben werden, weil diese sich zum Teil billiger stellen, wenn z. B. die Lehrgänge an 5 oder 6 Tagen in der Woche stattfinden".

Vermögensschwund im Finanzamtsbezirk Opladen

Die Reparationsverhandlungen in Lausanne beweisen, daß die reichen Siegerstaaten gleiche Schwierigkeiten haben wie die von ihnen gedrückten Mittelmächte. Die Julikrise des Vorjahres, hat inzwischen auch im Inlande restlos Klarheit geschaffen, daß die Zeit der Scheinblüte vorbei ist. Wie diese Zeit jedoch ihren Niederschlag gefunden hat, lehrt ein Blick in die neueste Uebersicht der Vermögenssteuer, die aus einer Erhebung des Jahres 1928 stammt. Sie bietet einen aktuellen Beitrag zu den relativen Zahlen der Steuerbehörde. Wer gibt heute etwas für den schönsten Bauernhof, wenn die Erzeugnisse nicht einmal die Betriebskosten decken? Wo ist bei dem Fallen der Kurse das Kapitalvermögen zu suchen? Was nützt ein Betriebsvermögen bei Stillegung und Kurzarbeit?

Im Jahre 1928 waren zur Vermögenssteuer im Deutschen Reiche 2 879 222 Pflichtige mit einem Rohvermögen von 134,4 Milliarden RM veranlagt. Auf einen Einwohner des Reiches entfiel durchschnittlich ein Vermögen von 2154 RM gegenüber 1775 RM im Jahre 1924. Heute ist die Entwicklung wieder stark rückläufig.

Das landwirtschaftliche, gärtnerische und forstwirtschaftliche Vermögen von 1,4 Millionen Pflichtigen war 1928 auf 26 Milliarden RM veranschlagt worden.

Im Finanzamtsbezirk Opladen wurden gezählt: 1883 Pflichtige mit einem Vermögen von RM 20 836 Millionen.

An der Spitze aller Vermögenswerte steht das Betriebsvermögen mit einem Betrag von 53,5 Milliarden RM bei einer Million Pflichtiger. 0,6 Prozent der Pflichtigen besitzen 53,6 Prozent des Gesamtbetriebsvermögens. Etwa 85 Prozent der Pflichtigen hatten nur ein Vermögen bis 30 000 RM aufzuweisen. Es ergibt sich hieraus das große Uebergewicht der nicht natürlichen Personen, der Bergwerke und Hüttenanlagen, der Konzerne, Großgesellschaften usw.

In unserem Bezirk wurden insgesamt veranlagt 1577 Pflichtige mit einem Betriebsvermögen von RM 53,478 Millionen.

Das Grundvermögen im Reiche ist bei 1,4 RM geschätzt worden. Der überwiegende Teil des Vermögens gehört einer zahlenmäßig geringen Gruppe von Grundbesitzern.

In unserem Bezirk wurden zur Grundvermögenssteuer herangezogen 3056 Pflichtige mit einem Grundvermögen von RM 37,676 Mill.

Das Kapitalvermögen betrug 1928 noch 20 Milliarden RM bei einer Million Pflichtiger. Ueber die Hälfte der Pflichtigen hatten nur ein Vermögen bis 6000 RM, sodaß für den Steuerertrag die Großvermögen entscheidend sind.

Im Finanzamtsbezirk Opladen wurden zur Kapitalvermögenssteuer veranlagt 1205 Pflichtige mit einem Gesamtkapitalvermögen von RM 31,502 Millionen.

Das Rohvermögen in unserem Finanzamtsbezirk beträgt RM 143,476 Millionen. Da infolge steuerlicher Erleichterungen usw. nicht alle Pflichtigen zur Steuer herangezogen wurden, verbleibt nach Abzug der Ausfälle für unseren Bezirk eine Jahressteuerschuld bei 2371 Pflichtigen von insgesamt RM 449 000.

Hoffentlich bessern sich die Zeiten bald wieder so, daß im Interesse der notwendigen Kapitalbildung die Erhebung der Vermögenssteuer in anderer als bisheriger Form erfolgt, daß ferner aus ihren Zahlen eine wirkliche Aufwärtsbewegung festzustellen ist.

Aus der Heimat

Gleisarbeiten

Vor kurzem ging eine Mitteilung durch den Bergischen Blätterwald, wonach die Reichsbahn beabsichtige, die Strecke Lennep — Burscheid — Opladen in Zukunft eingleisig zu befahren. Doch recht bald wurde die Nachricht von der Reichsbahndirektion Wuppertal dementiert. Wer nun am gestrigen Mittag seine Schritte in die Gegend des Bahnhofs und der Bahnüberführung lenkte, der war von der Dementierung keineswegs überzeugt. Mittels eines elektrischen Hebekranes wurde dort ein Gleis abmontiert und auf bereitstehende Eisenbahnwaggons geladen. Wie wir jedoch von zuverlässiger Seite erfahren, wird dieses Gleis nicht fortgeschafft, sondern nur erneuert. Diese Erneuerungsarbeiten werden sofort von etwa 100 Arbeitern, die aus hiesigen und benachbarten Bahnmeistereien stammen, in Angriff genommen werden.

Neuer Milchpreis

Der Mindestpreis für verkaufsfertige Vollmilch bei Lieferung an Milchkleinhändler ist mit Wirkung vom 15. Juli 1932 auf 14½ Pfennig festgesetzt worden. Der Mindesteinstandspreis des Großhändlers beträgt 13 Pfennig. Im Rhein-Wupper-Kreis darf der Preis für Vollmilch (Trinkmilch) bei Abgabe im Kleinhandel frei Haus 22 Pfennig nicht übersteigen, wenn dem Lieferanten frei Stadt bezw. Amt des Kreises weniger als 1 Pfennig über dem verordneten Mindestpreis gezahlt wird.

Wir verweisen besonders auf die diesbezügliche Anordnung des Regierungspräsidenten in vorliegender Ausgabe.

Sitzung des Verbandswahlausschusses

Am heutigen Donnerstag findet im Rathaus W.-Elberfeld eine öffentliche Sitzung des Verbandswahlausschusses im Wahlkreisverband Rheinland-Nord für die Reichstagswahl am 31. Juli statt, behufs Prüfung und Zulassung der im Wahlkreisverband eingegangenen Verbindungserklärungen.

Aenderung des Nauener Zeitzeichens

Das von der Deutschen Seewarte in Hamburg ausgegebene Normal-Zeitzeichen wird zweimal täglich von der Großfunkstelle Nauen durch bestimmte Funktelegraphische Zeichen (Morsezeichen) verbreitet. Die Folge dieser Zeichen ist vom 1. Juli ab geändert worden.

Das Zeitzeichen beginnt um 0,55 Uhr bezw. um 12,55 Uhr mit einer Reihe von 60 kurzen Tönen (Striche), die je fast eine Sekunde ausfüllen, und endigt mit einem 10 Sek. langen Ton (Strich), der genau um 20 Sekunden nach 1 Uhr bezw. 13 Uhr abbricht. An das Zeitzeichen schließt sich bis 1,06 Uhr bezw. 13.06 Uhr das Koinzidenzsignal an, das aus einem kurzen abgehackten Ton (Punkt) in jeder Sekunde besteht

Zur Ein- und Umgemeindung

äußert sich in der gestrigen Morgenausgabe der „Köln. Ztg." der schon kürzlich hier kurz zitierte Mitarbeiter des rheinischen Blattes u. a. wie folgt:

Es herrscht im Bergischen Land alles andere als eitel Freude über die großen Eingemeindungen des Jahres 1929. Die „Sieger" sind vielfach ihres Sieges überdrüssig geworden, und bei den „Besiegten" gehen die verschiedensten politischen Parteien mit dem Vorschlag der Wiederausgemeindung krebsen. Ideal geformt ist auch der Rhein-Wupper-Kreis nicht aus der großen Eingemeindungs- und Umgemeindungsgesetzgebung jenes Jahres hervorgegangen. Von Monheim und Hitdorf am Rhein bis hinauf auf die Höhen von Radevormwald ist ein langes Ende, ein Wurststück, in dem allerlei Bevölkerung und Landschaft zusammengepackt wurde. Man hätte wirklich eine bessere Lösung finden können, wenn nicht die Regierungsbezirksgrenzen so unantastbar und heilig wären. Die Frage einer weiteren Zusammenziehung der unteren Verwaltungsbezirke, das heißt insbesondere einer Zusammenlegung von Landkreisen, ist ja schon häufig in Preußen aufgeworfen, aber ständig wieder vertagt worden. Wenn das auch hauptsächlich die Provinz Hannover angeht, so dürften im Rheinland ebenfalls einige Reparaturen ganz angebracht sein.

Forderungen des deutschen Handwerks

Der Reichsverband des deutschen Handwerks entwickelt in einer ausführlichen programmatischen Erklärung die wirtschaftspolitischen Grundforderungen des deutschen Handwerks, die in der Hauptsache folgendes besagen:

Der Reichsverband des deutschen Handwerks fordert die Anerkennung der Volkswirtschaft als der wirtschaftlichen Organisation des deutschen Volkskörpers auf der Grundlage der Privatwirtschaft. Er lehnt die ebenso weitreichende wie planlose Interventions- und Subventionspolitik der Nachkriegszeit ab, die es dem Staate ermöglicht hat, immer stärker in die Wirtschaft einzudringen. Er fordert unter unbedingter Ablehnung aller sozialistischen Tendenzen die neue Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Volkswirtschaft und die Anerkennung der selbstverantwortlichen Unternehmertätigkeit als einer dem Staate fremden und mit der Ausübung seiner Hoheitsrechte unverträglichen Tätigkeit.

Der Reichsverband verlangt entgegen der ungesunden Konzentrationspolitik der Nachkriegszeit die Förderung einer dezentralisierten Gütererzeugung und Güterverteilung. Er lehnt die auf völligen Abschluß der deutschen Volkswirtschaft vom Auslande gerichteten Bestrebungen ab. In Würdigung der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage hält er eine Zoll- und Handelsvertragspolitik für erträglich, die der deutschen Volkswirtschaft erlaubt, im Notfalle dem deutschen Volk die Nahrung allein zu sichern. Aus der Anerkennung der Volkswirtschaft als eines neben und in dem Staate bestehenden, aber von eigenen Triebkräften belebten Organismus folgt notwendig, daß es der wirtschaftlichen Arbeit möglich sein muß, aus Boden und Kapital eine Rente zu erzielen, aus der das staatliche und geistige Leben des Volkes die Unterlagen gewinnt.

Eine Lebensnotwendigkeit für die deutsche Volkswirtschaft ist die Sicherung der Währung. Der Reichsverband hält die Versuche, eine Binnenwährung zu schaffen, und das Bestreben, private Zahlungsverpflichtungen der deutschen Wirtschaft durch Währungsmaßnahmen abzubürden, wegen ihrer unübersehbaren Folgen für verderblich. Er fordert eine Kreditpolitik, die eine organisch gesunde und in den Zinssätzen tragbare Kreditorganisation sicherstellt. Um die Verklammerung des Staates mit der Volkswirtschaft zu lösen, hält der Reichsverband es für unerläßlich, daß für alle schöpferischen Kräfte der Wirtschaft in den angedeuteten Grenzen die Möglichkeit zur freien Entfaltung geschaffen und damit die produktive Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte ermöglicht wird.

Gefordert wird weiter eine grundlegende Verfassungs- und Verwaltungsreform, deren Maßnahmen darauf abzielen müssen, die eigenständigen Kräfte im Volkskörper stärker zu pflegen und zu kraftvoller Entfaltung zu führen. Der Reichsverband weist alle Bestrebungen, die gesetzliche Berufsvertretung durch die Organisation der Innungen, Fachverbände und Handwerkskammern durch andersgeartete Formen zu ersetzen, oder sie mit der Berufsvertretung anderer Wirtschaftsgruppen zu verbinden, scharf zurück.

Der Reichsverband als Spitzenvertretung des gesamten Handwerks hält nach wie vor eine Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen und der freien Berufsvertretungen für unabweisbar, um die Willensbildung des selbständigen Handwerks nach Inhalt, Ausdruck und Wirkung einheitlich und schlagkräftig zu erhalten.

Entrechtung der Kleinstadt?

In seinem umfangreichen Gutachten zur Neuregelung des Finanzausgleichs macht Professor Popitz auch Vorschläge zu verwaltungsorganisatorischen Aenderungen. Eine dieser Aenderungen geht dahin, den kreisangehörigen Städten praktisch die Selbstverwaltung zu nehmen und als unterste Lokalbehörde nicht mehr die kreisangehörigen Städte, sondern den Landkreis zu bestimmen. Diesen Standpunkt hat sich auch der Landkreistag zu eigen gemacht, der so weit geht, praktisch innerhalb des Landkreises die Städterechte zu beseitigen. Gegen diese Bestrebungen wendet sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung der Vorstand des Reichsstädtebundes als der zuständigen Spitzenvertretung der kleineren und mittleren Städte. Er weist darauf hin, daß Voraussetzung für eine sachgemäße und sparsame Erfüllung der Funktionen der Lokalverwaltung engste Verbundenheit mit der Bevölkerung und genaue Kenntnis ihrer örtlichen Bedürfnisse ist. Die Landkreise können diese elementare Forderung nie erfüllen. Die große Masse der Bevölkerung wird schon mit Rücksicht auf die räumliche Entfernung der Kreisverwaltung von ihrem Wohnsitz stets auf den unmittelbaren Verkehr mit ihrer Gemeindeverwaltung angewiesen bleiben. Die durch eine Zusammenfassung erstrebte Kostenersparnis wird eine Illusion bleiben, denn auch bei einer solchen Zusammenfassung kann eine örtliche Verwaltung nicht entbehrt werden. In einer langen historischen Entwicklung hat die selbständige Betätigung der Selbstverwaltung der kreisangehörigen Städte wertvollste Kulturgüter auch für das umgebende platte Land geschaffen, so daß jede Beeinträchtigung hier einen bedauerlichen Rückschritt bedeuten würde. Im Interesse der Einwohner der kreisangehörigen Städte liegt es jedenfalls, daß ihren örtlichen Gemeinwesen das Recht der Selbstverwaltung unbedingt erhalten bleibt, und nicht durch eine falsch verstandene Verwaltungsreform zerstört wird.

Kein Grund zur Besorgnis

Uebertriebene Meldungen stören Fremdenverkehr

Auf Grund der durch die Zeitungen vielfach stark aufgebauschten Nachrichten über die Unruhen in Deutschland, vor allem aber in Preußen, hat der Zustrom von Fremden zum Rheinland in den letzten Tagen ganz bedenklich abgenommen, wodurch dem Hotel- und Gaststättengewerbe erhebliche, nicht wieder wettzumachende Ausfälle an Einnahmen entstehen. Sensationell verbreitete Nachrichten in- und ausländischer Tagesblätter über die letzten Zwischenfälle in Köln haben bereits dazu geführt, daß amerikanische Reisegesellschaften hier den Aufenthalt in den Hotels aufsagten und direkt nach München durchreisten. Zurückhaltung in Reisen an den Rhein legen sich wegen der übertriebenen Nachrichten die holländischen Gäste auf, sehr zum Schaden der Gaststätten in Köln und am Rhein. Daher legen die Kölner Hotels Wert darauf, zu betonen, daß die in Köln und im Rheinland vorgekommenen unerheblichen Zwischenfälle in keiner Weise die Reise- und Ausflugspläne der Fremden und Ausländer in den Rheinlanden durchkreuzten. Die Fremdenindustrie ist nach wie vor in der Lage, allen Wünschen der Gäste reibungslos Rechnung zu tragen. Es besteht daher auch nicht der geringste Anlaß, Reisen an den Rhein aus irgendwelchen inneren Hemmungen heraus zu unterlassen.

Aus der Gemeinde Odenthal

Autounfall

Einem Chauffeur, der am Samstag mit seinem Lieferwagen aus der Großstadt einiges Pensionsmobilar und 11 Personen von Altenberg nach Bülsberg fahren wollte, wurde die erste Kurve auf dem Bülsberger Weg zum Verhängnis. Infolge der starken Steigung bezwang der Wagen die Kurve nicht, der Fahrer setzte zurück, und rutschte den Abhang hinunter. Glücklicherweise blieb der Wagen vor einem Baume an der Böschung hängen, sodaß die Insassen noch mit dem Schrecken davonkamen. Viele Mühe und einige Stunden Arbeit bedurfte es, auch seitens der Nachbarn, die mit Ketten und Handwerkszeug hinzugekommen waren, um den Wagen wieder auf die Beine zu bringen.

---

und zur Einstellung des Sekundengleichganges der Uhren bestimmt ist.

Gegenwartsnot und Evangelischer Kirchenausschuß

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß erläßt eine Kundgebung, der wir folgendes entnehmen:

„Unser Volk und mit ihm die ganze Welt leidet schwerste Not. Die ungeheure Zerstörung von Wirtschaftsgütern durch den Krieg, die drückenden Lasten, die er den Völkern, besonders unserem vergewaltigten deutschen Volk, auferlegt hat, die Zerreißung zusammengehöriger Wirtschaftsgebiete durch unnatürliche Grenzziehung, die Unterbindung der Weltwirtschaft, die allgemeine politische Unsicherheit und das tiefe gegenseitige Mißtrauen lassen eine Gesundung nicht aufkommen. Verbitterung und Verzweiflung greifen immer mehr um sich; ein Leben ohne Arbeit und Aufgabe verliert seinen Sinn. Die Gefahr ist da, daß die Welt in das Chaos hineintreibt.

Die tiefsten Quellen der Not sind nicht wirtschaftlicher, sondern geistiger Art. Die Welt leidet unter Haß und Herrschsucht, unter Ungerechtigkeit und Unwahrhaftigkeit. Die Kirche fordert vertrauensvolle Zusammenarbeit im eigenen Volke und zwischen den Völkern; wahre Gerechtigkeit, nicht nur ihren Schein; Taten, nicht fruchtlose Verhandlungen".

Das Religionsbekenntnis im Preußischen Landtag

Von den 423 Mitgliedern des Preußischen Landtages sind 185 evangelisch, 100 katholisch, 119 konfessionslos und religionslos. 18 Abgeordnete haben ihr Religionsbekenntnis nicht angegeben; sie dürften größtenteils auch dem Dissidententum zuzurechnen sein. Ein Abgeordneter bekennt sich zur jüdischen Religion, doch sind natürlich auch unter den konfessionslosen nicht wenige, die aus dem Judentum kommen. Insgesamt stehen sich also (wenn man die Abgeordneten ohne Angabe sämtlich der Konfessionslosigkeit zurechnet) 285 Christen = 67,37 Prozent und 138 Nicht-Christen = 23,36 Prozent im neuen Preußenparlament gegenüber.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer

Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland betrug am 1. Juli ds. Js. 4 119 531 gegenüber 4 168 440 am 1. Aprkl. Der Rückgang um 48 909 Teilnehmer (1,2 v. H.) ist durch die üblichen Sommer- und Reiseabmeldungen hervorgerufen.

Brand in Dierath

Am heutigen Mittag gegen 12 Uhr entstand im Hause des Herrn Otto Becker in Dierath ein Brand. Die Feuerwehr wurde herbeigerufen und war bald darauf zur Stelle. Näheres war zur Zeit noch nicht zu erfahren.

Aus der näheren Umgebung

Oberbergisches

Starke Beschäftigungszunahme in der oberbergischen Textilindustrie

Wie das Arbeitsamt Gummersbach mitteilt, ist in der ersten Julihälfte die Zahl der Unterstützungsempfänger infolge der in der Hauptsache von der Textilindustrie ausgehenden Belebung des oberbergischen Arbeitsmarktes beträchtlich zurückgegangen. Im Spinnstoffgewerbe hat sich die seit einigen Wochen beobachtete durchgreifende Belebung der Webereien beträchtlich fortgesetzt, sodaß es z. B. nicht möglich war, für die betreffenden Betriebe, von denen der größte Teil in drei Schichten arbeitet, den notwendigen Facharbeiterbedarf im Arbeiteramtsbezirk Gummersbach selbst zu decken. Hierzu mußte die Mitwirkung der Nachbarämter Remscheid und Bergisch Gladbach in Anspruch genommen werden.

Köln

Kleiner Junge stürzt aus dem Fenster

Ein 2½jähriger Junge, der mit seiner Mutter im Fenster des 3. Stockwerkes im Hause Victoriastraße 64 lag und artistischen Schaustellungen zusah, fiel auf die Straße. Das Kind erlitt so schwere Schädelverletzungen, daß es kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus starb.

Starker Wassergang des Rheins

Der Wasserstand des Rheins ist infolge der starken Regenfälle im Niederschlagsgebiet am Oberrhein und der Nebenflüsse im Laufe der vergangenen Woche für diese Jahreszeit unerwartet gestiegen, und zwar von 275 cm. am 10. Juli auf 379 cm. am 16. Juli. Die Verkehrsverhältnisse der einzelnen Häfen sind nach wie vor befriedigend.

Eine mysteriöse Betrugsgeschichte in Köln

Gemäldeschiebung eines Oesterreichers und eines Polen

Vorige Woche erschien bei der Kriminalpolizei in Köln ein Oesterreicher mit dem Ersuchen, ihm einen Beamten mitzugeben, der drei Gemälde von 35 000 RM. sicherstellen sollte, die ein Pole unterschlagen habe. Dieses Ansinnen mußte abgelehnt werden, da einem derartigen Vorgehen eine Anzeige voraufgehen muß. Notgedrungen erstattete der Oesterreicher dann auch die Anzeige gegen einen Polen. Da seine Angaben mit Zweifel aufgenommen wurden, zog der Oesterreicher seine Anzeige zurück. Inzwischen hatte die Kriminalpolizei durch Funkspruch aus Berlin erfahren, daß der Oesterreicher wegen vieler Vergehen steckbrieflich gesucht wird. Es gelang, ihn in einem Kölner Kaffee festzunehmen. Wie die Nachforschungen ergaben, hat der Festgenommene von seinem Onkel, der in Berlin einen Kunsthandel betreibt, drei wertvolle Bilder ausgehändigt erhalten. Der Neffe will aber die Gemälde dem Polen zur Weiterveräußerung übergeben haben, von dem jede Spur fehlt. Die Suche nach den Bildern war bald von Erfolg gekrönt. Sie waren zum Teil verpfändet und verkauft. Es besteht die Vermutung, daß der Oesterreicher und der Pole die Schiebung bewerkstelligt haben.

Auf den Spuren des Sester-Mörders

Er lockte auch andere junge Leute in den Kölner Stadtwald und drohte mit Erschießen

Vor einigen Monaten wurde, wie gemeldet, in den Anlagen des Kölner Stadions der Schneiderlehrling Sester aus Efferen mit einem Kopfschuß tot aufgefunden. Trotz aller Bemühungen war es bisher nicht möglich, Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen. Nunmehr hat vor acht Tagen ein Fürsorgezögling die Kriminalpolizei aufgesucht und erklärt, daß er und sein Freund in der Stadt von einem Mann angesprochen und zu einer Fahrt in den Stadtwald eingeladen wurden. Sie hätten dieses Anerbieten akzeptiert. In der Anlage habe der Mann versucht, unzüchtige Handlungen an ihnen zu begehen. Als sie sich zur Wehr gesetzt hätten, habe der Bursche geschossen und seinen Freund in den Arm getroffen. Hierauf sei der Unhold geflohen. Ueber den Verbleib seines Freundes konnte der Fürsorgezögling keine Angaben machen. Die Wahrheit der Erzählung wird dadurch erhärtet, daß in der vergangenen Woche zwei jungen Männern dasselbe Geschick zustieß. Beide wurden ebenfalls in den Stadtwald geführt, wo der Kerl plötzlich erklärte: „Was werdet Ihr jetzt machen, wenn ich Euch erschieße?" Die Jünglinge hielten diese Aeußerung für einen Scherz, flüchteten aber, als der Mann einen Revolver zog und mehrere Schüsse abgab, die jedoch das Ziel verfehlten. Die Polizei ist der festen Ueberzeugung, daß es sich hier um denselben Burschen handelt, der den Schneiderlehrling im Stadion erschossen hat.

Der Mord an Dr. Rubensohn zieht weitere Kreise

Auch der Geliebte der Morphinistin Mittäter

Wir berichteten unlängst über die Aufklärung des seinerzeit an dem 70 Jahre alten Arzt Dr. Rubensohn in Köln in seiner Wohnung in der Piusstraße verübten Mordes. Eine Morphinistin, eine gewisse Schätzer, hatte damals das Geständnis abgelegt, den alten Mann, der zu ihr in näheren Beziehungen stehend sie durch kaum erfüllbare Zumutungen furchtbar gequält haben sollte, ermordet zu haben. Sie habe, so sagte sie seinerzeit aus, sich dadurch an Rubensohn rächen wollen, daß sie mit Hilfe ihres Geliebten, eines gewissen Thomas, den notorischen Geizhals beraubte. Dabei war dann Rubensohn umgekommen. Die Schätzer nahm, nachdem sie längere Zeit in Haft gesessen hatte, die Alleinschuld bezüglich der Tat selbst auf sich, ihr Geliebter habe nur die Verhandlungen mit dem Arzt geführt, die notwendig waren, um die Schätzer unerkannt in die Wohnung zu bringen. Nach einem neueren Geständnis hat aber dieser Thomas bei der Erwürgung des Arztes mitgewirkt. Entgegen den ersten Aussagen der Schätzer war er auch abends mit in die Wohnung gegangen, wo der Arzt einen Eingriff bei seiner Braut vornehmen sollte. Er hat dem alten Mann die Kehle zugehalten, während die Schätzer ihn am Schreien hinderte. Als Rubensohn aber dennoch schrie, hat Thomas ihn durch Faustschläge betäubt und ihm einen Knebel tief in den Mund gesteckt, sodaß der alte Mann erstickte. Dann nahmen die beiden aus einem der Schätzer bei ihrem Verkehr im Hause Rubensohns bekannt gewordenen Versteck 750 Mark und Goldsachen an sich, womit sie verschwanden. Die Angelegenheit befindet sich noch in der Voruntersuchung.

Westdeutsches

Mit dem Schrubber erschlagen

Verhängnisvoller Streit zweier Matrosen

Auf dem im Rhein bei Homberg (Niederrh.) vor Anker liegenden Schiff „Asosan" waren die Matrosen Lehmann und Snoosyk mit Abwaschen beschäftigt. Hierbei unterhielt sich Snoosyk mit einem Matrosen des Nachbarschiffes. Aus einzelnen Worten wollte Lehmann entnommen haben, daß Snoosyk sich nachteilig über ihn aussprach. Beide gerieten in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Lehmann auf die Luke sprang und mit dem Schrubber dem Snoosyk zwei Schläge gegen den Kopf versetzte. Der Getroffene brach zusammen und starb im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der erst 18 Jahre alte Täter, der Sohn des Schiffers, wurde festgenommen und dem Amtsgericht in Mörs zugeführt.

Der Zollbeamte Stief ermordet

Der Mörder, ein Berufsschmuggler, erkannt, aber flüchtig

Zu der Auffindung der Leiche des Zollbeamten Stief bei Straelen erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die sofort am Tatort eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß der Zollbeamte einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Da der Tatort abseits von der Verkehrsstraße zwischen Waldungen liegt, war es dem Mörder möglich, unbemerkt zu entkommen. Er ist kurze Zeit später nach Kevelaer gegangen, wo er bei einer Frau um ein Zimmer bat, um sich umzukleiden, da er, wie er selbst angab, mit einem Zollbeamten einen Zusammenstoß gehabt hatte. Der Frau kam der Mann gleich verdächtig vor, und sie alarmierte die Polizei. Der Mörder hatte aber inzwischen das Weite gesucht. Wie einwandfrei feststeht, handelt es sich bei dem Täter um den 60 Jahre alten Berufsschmuggler Franz Koppers, der schon einmal 15 Jahre Zuchthaus verbüßt hat. Die Kriminalpolizei hat die Verfolgung aufgenommen.

Aus den Parteien

Am vergangenen Montagabend fand in Burscheid der 7. politische Schulungsvortrag der Gauwirtschaftsabt. Düsseldorf über das Thema „Arbeitsbeschaffung, Raumgewinnung und Siedlung" statt.

Einleitend wies der Redner, Pg. Hartmann, Düsseldorf durch einwandfreies Zahlenmaterial den Werteverlust nach, der uns durch die Krisen seit 1918 entstanden ist. Diese Summe von 37,1 Milliarden brauchte nicht verloren zu gehen, wenn das uns allein zur Verfügung stehende Mittel, die Arbeitskraft, auf richtige Art zum Wohle unseres Volkes angewandt worden wäre. Der klassenkämpferische Marxismus hatte den sittlichen Verfall und Entmannung unseres Volkes zur Folge. Wir fordern daher: alle 18—19jährigen junge Menschen müssen durch Arbeitsdienstpflicht zu wertvollen Staatsbürgern und gesitteten Menschen herangebildet werden. Die Nachteile des freiw. Arbeitsdienstes sind derart, daß z. B. nur 35—50 Prozent der gewöhnlichen Arbeit verrichtet wird und der freiw. Arbeitsdienst bisher nur 0,4 Prozent der 6 Millionen Arbeitslosen erfassen konnte. Die Marxisten befürchten durch die Arbeitsdienstpflicht Ueberwindung des Klassengedankens, die Pazifisten die Pflege des Wehrgedankens und die Wirtschaft die Konkurrenz. Diesen Einwänden stellen wir Schaffung volkswirtschaftlicher Werte, Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Arbeiter und dadurch Entlastung der sozialen Einrichtungen gegenüber.

Wir führen jährlich für 2,5—3 Milliarden Mark ausländische Waren ein, die wir durch Bodenwirtschaft aus dem eigenen Lande herauswirtschaften könnten.

Zum Thema Meliorationen sprach der Redner ausführlich. Die Steigerung des Bodenertrages auch in Bezug auf Qualität, Beseitigung unfruchtbarer Oberflächen und Verbilligung unserer wertvollsten volkswirtschaftlichen Bedürfnisse sind Endziel und Ergebnis der Arbeitsdienstpflicht. Wir sind nicht das Volk ohne Raum. Uns stehen 8,5 Millionen ha verbesserungsbedürftigen Landes zur Verfügung, die um 680 Millionen Mark ertragreicher gestaltet werden könnten. Wenn schon im Jahre 1933 1 Milliarde Mark zur Verfügung gestellt wird, von welcher Summe der Staat sowieso ⅓ als verlorene Beihilfe für Hochwasserentschädigungen usw. gibt, und die restlichen 660 Millionen durch Darlehen und eine Genossenschaftseinrichtung aufgebracht werden, so stehen diesen Ausgaben gleiche volkswirtschaftliche Werte gegenüber. 134 Millionen Mark Mehrertrag jährlich ist der sofort sichtbare Erfolg. Durch die landwirtschaftliche Belebung — Einsetzung der heute erwerbslosen Bauernsöhne — beleben sich wiederum Industrie, Handel und Gewerbe.

Straßenbau: Von 120 000 Straßen befinden sich 85 000 in Schotterdeckenausführung. Würden diese Straßen mit Kleinpflaster versehen, das erst nach 45 Jahren erneuert werden braucht, so würden ungeheure Werte frei für andere Zwecke. Der Anteil der Arbeitsdienstpflichtigen am Neubau von Straßen betrifft Materialherbeischaffung und Hilfsarbeiten. Die Ausführung bleibt natürlich den fachlich ausgerüsteten Privatunternehmen vorbehalten.

Siedlung: Schaffung von vollen Erwerbssiedlungen und Kurzschichtsiedlungen an den Rändern der Großstädte wurden eingehend besprochen. Außer dem Wohnhaus sollen für den Kurzschichtsiedler 1½ Morgen Land zur Verfügung gestellt werden. Die Baukosten, Verzinsung, Tilgung, Versicherung usw., die nach genauer Errechnung jährlich 382 RM ausmachen, sollen in 32 Jahren getilgt sein. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes und allein drei Domänen im Rheinland, die heute vor dem Zusammenbruch stehen, ergeben nach 1½ Jahren ca. 900 volle Erwerbssiedlungen am Rhein, mit je 20—30 Morgen Land. Dadurch ist es möglich 10 000 heute erwerbslose landwirtschaftliche Arbeiter zu beschäftigen. Durch Bodenverbesserung und Urbarmachung von Moorland im Osten werden wir später auch in der Lage sein, unsern Holzbedarf durch deutsche Hölzer zu decken.

Kanalbau: Durch den Ausbau der verschiedenen Kanäle können wir die aus Frachtrücksichten preislich günstige Englandkohle in Norddeutschland durch Ruhrkohle ersetzen. Das gibt wiederum dem Bergbau Arbeitsmöglichkeit für 10 000 Arbeiter.

Kraftwirtschaftsprogramm: Nach dem Plan des nationalsoz. Technikers Lawatscheck ist die völlige Umgestaltung der heutigen Kraftwirtschaft möglich und notwendig. Das ungerechte Verhältnis zwischen den Herstellungskosten von 3 Pfg. und dem Haushalttarif von 38—45 Pfg. für Elektrizität kann verschwinden, wenn auch die kleinen Wasserläufe, z. B. durch Bildung von Staustufen voll ausgenutzt werden. Talsperrenbau ist unrentabel und muß verschwinden. Das durch Druck-Elektrolyse in den Nachtstunden gewonnene Wasserstoffgas, das in Rohren fortgeleitet werden kann und 0,8—1 Pfg. pro cbm. kosten wird (heute kostet 1 cbm. 60 Pfg.) ermöglicht eine vollkommene Revolutionierung der Heizwirtschaft. Z. B. kann Wasserstoffgas für Heiz-, Löt- und Schweißzwecke verwandt werden. In Silos angewandt bleiben die Gräser frisch und behalten den vollen Nährwert. Wir können mit Hilfe dieses Gases soviel Aluminium herstellen, daß wir unabhängig von der Eisenein fuhr werden.

Eine weitere Möglichkeit zur Hebung der Volkswirtschaft ist die Umwandlung der Hauszinssteuer, wie sie in öffentlichen Kundgebungen schon oft besprochen worden ist.

Abschließend bemerkte der Redner, daß die NSDAP mit ihren Fach-Untergliederungen seit ihrem Bestehen volkswirtschaftlich schon mehr geleistet hat als das System, dem alle Mittel zur Verfügung standen. Vertrauend auf die Kraft und den ideellen Gestaltungswillen unserer Bewegung gehen wir in den Entscheidungskampf.

NSDAP
Ortsgruppe Burscheid.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Merkwürdiger Diebstahl

Baumberg, 21. Juli. Einem hiesigen Einwohner, der sich auf seinen Fischerkahn begeben hatte, wurden aus dem Fahrrad, das er am Ufer hatte stehen lassen, beide Räder ordnungsmäßig herausmontiert und entwendet. Das „radlose" Fahrrad ließ der Täter liegen. Augenzeugen haben beobachtet, wie ein Mann auf einem Fahrrad in Richtung Urdenbach wegfuhr und zwei Räder, die mit Gummibereifung versehen waren, in der Hand hielt.

Motorrad fährt in einen Lieferwagen

Leichlingen, 21. Juli. Ein Motorradfahrer, der auf dem Soziussitz seine Frau mitführte, fuhr an der Ecke Brücken- und Bahnhofstraße gegen einen Lieferwagen. Durch den Anprall stürzten die beiden Personen von dem Motorrad, jedoch ohne schwerere Verletzungen davonzutragen. Der Fahrer des Lieferwagens brachte die beiden Verletzten in deren Wohnung. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Kraftwagen verbrannt

Hückeswagen, 21. Juli. Aus unbekannter Ursache entstand auf einem großen dreiachsigen Lastwagen in der Nähe von Winterhagen ein Brand. Das Feuer konnte nicht gelöscht werden, so daß der Wagen bis auf die Eisenteile verbrannte.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 20. Juli

Frühkartoffeln 2,7—3,1; (kleine) 1,8—2,1; Wirsing 0,7—2,7; Wirsing grün 4—5,2; Rotkohl 4,7—6; Spitzkohl 0,7—1,6; Strauchbohnen 6,9—11,9; Stangenbohnen 17; Wachsbohnen 10,8—12,7; Dicke Bohnen 5—7,4; Erbsen 16,2—18,2; Möhren 6,5—7,4 pro 100 Pfund; Möhren 2,3—4,3 pro 100 Bund; Rote Beete 4—4,70; Tomaten a) 18,1—19; b) 14—17,9; c) 7; Rübstiel 1,6 pro 100 Pfund; Essiggurken 0,36—0,42; Salzgurken 0,59 pro 100 Stück; Stachelbeeren 12,1—15; Johannisbeeren rot 16,7—17,8; Johannisbeeren schwarz 22,4; Kirschen 27—27,2 pro 100 Pfund; Petersilie 0,8—2,5 pro 100 Bund; Porree 2,2—2,6 pro 100 Stück; Blumenkohl 1. Sorte 10,8; Blumenkohl 2. Sorte 5,5; Kopfsalat 1. Sorte 1,5—4,4; Kopfsalat 2. Sorte 0,8—1,4; Treibhausgurken 11—14; Kohlrabie blau 1. Sorte 1,3—2,2; Kohlrabie blau 2. Sorte 0,5—1,9; Hühnereier 6,4—7,2; Enteneier 5,8 pro 100 Stück; Wollbohnen 15,5; Rhabarber 1,4—1,7; Weißkohl 1—1,2 pro 100 Pfund.

Tendenz: Anfuhr mittel, Nachfrage gut.

Versteigerungen Montag, Mittwoch, Freitag.

Nach dem schicksalsschweren 20. Juli

Erste preußische Kabinettssitzung

Wie wir erfahren, hat Dr. Bracht heute Vormittag die Leitung des preußischen Innenministeriums übernommen. Der Wechsel in den Aemtern, deren geschäftsführende Minister Reichskanzler v. Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gestern Abend ebenfalls ihres Postens enthoben hat, vollzieht sich ähnlich wie der im preußischen Innenministerium. Heute Mittag um 12 Uhr findet die erste preußische Kabinettssitzung unter Leitung des Herrn v. Papen statt. Dabei dürfte es sich im wesentlichen darum handeln, das Kabinett durch Beauftragung der Staatssekretäre zu vervollständigen. Die drei wichtigsten Ministerien sind naturgemäß das Ministerpräsidium, das in Preußen den Namen „Staatsministerium" heißt, das Innen- und das Finanzministerium. Die beiden ersten Aemter sind durch Herrn von Papen und Dr. Bracht besetzt. In unterrichteten Kreisen gilt es bereits als sicher, daß der Staatssekretär des Finanzministeriums, Schleusener, die Leitung dieses Ministeriums übernehmen wird. Ferner rechnet man damit, daß Staatssekretär Hölscher das Justizministerium, Staatssekretär Prof. Scheidt das Wohlfahrtsministerium und Staatssekretär Dr. Lammers das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übernehmen wird.

Dr. Bracht im Amt

Der kommissarische preußische Minister des Innern, Dr. Bracht, hat heute die Amtsgeschäfte übernommen. Er hat den Staatssekretär Dr. Abegg mit sofortiger Wirkung seiner Dienstgeschäfte enthoben und beurlaubt. Die Pressestelle des preußischen Ministeriums des Innern stellt bis auf weiteres ihre Tätigkeit ein. Der Leiter, Ministerialrat Dr. Hirschfeld, ist beurlaubt und von seinen Dienstgeschäften entbunden.

Beurlaubung des Essener Oberbürgermeisters Dr. Bracht

In einer Besprechung mit Vertretern der Stadtverordnetenfraktionen, die am Mittwochnachmittag im Essener Rathaus stattfand, teilte Bürgermeister Schäfer mit, daß Oberbürgermeister Dr. Bracht zum Vertreter des Reichskommissars für Preußen ernannt worden und dieser Berufung gefolgt sei. Der Oberbürgermeister habe vorläufig einen Urlaub angetreten.

Der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Essen gab zur Beurlaubung Dr. Brachts eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, angesichts der großen Aufgabe, die der Stadt Essen in dieser kritischen Zeit obliegen, sei es unerträglich, wenn ein Verwaltungsbeamter längere Zeit abwesend sei. Diese Tatsache sollte die Stadtverordneten veranlassen, seiner Beurlaubung des Oberbürgermeisters ein entschiedenes „Nein" entgegenzusetzen.

Die Amtsenthebung Severings ist vollzogen. Dr. Bracht übernimmt heute die Leitung des preußischen Innenministeriums.

Die preußischen Staatssekretäre Dr. Staudinger, Krüger und Weismann sind zurückgetreten.

Pol.-Präsident empfängt Presse

Der neue Polizeipräsident von Berlin Dr. Melcher, hat heute vormittag die Berliner Presse empfangen. Er gab dabei folgende Erklärung ab:

„Ich beabsichtige, meine Geschäfte so zu führen, wie ich dies in meiner 30jährigen Tätigkeit als preußischer Beamter stets getan habe: nicht als Vertreter einer Partei, sondern als Diener der Gesamtheit ohne Ansehen der Person nach Recht und Gerechtigkeit. Diese Richtschnur scheint mir für ein polizeiliches Amt umsomehr gegeben, als die polizeiliche Aufgabe der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durchaus unpolitisch ist, da sie unmittelbar dem Wohle der Allgemeinheit und der gesamten Oeffentlichkeit dient. Für eine solche Tätigkeit ist natürlich auch die Unterstützung durch die Presse, als Vertreterin der öffentlichen Meinung, von größter Bedeutung und ich würde es daher ganz besonders begrüßen, wenn es mir gelingen sollte, mein Verhältnis zur Berliner Presse ebenso harmonisch zu gestalten, wie dies in Essen der Fall war".

Samstagmorgen in Leipzig

Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof

Vom Staatsgerichtshof für das deutsche Reich in Leipzig ist Verhandlungstermin über den Antrag des bisherigen preußischen Staatsministeriums auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Samstagvormittag 10 Uhr anberaumt worden. Den Vorsitz wird in Vertretung des beurlaubten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunke Senatspräsident Oegg führen.

Die Schießerei in Altona am vergangenen Sonntag hat nunmehr ihr 17. Todesopfer gefordert.

Die NSK zu der neuen Lage

Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt zu den Vorgängen in Preußen u. a., die Reichsregierung habe in Preußen die einzige Konsequenz gezogen, die für sie als oberste Aufsichtsbehörde zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit überhaupt noch in Frage gekommen sei. Um das Uebel an der Wurzel zu fassen, hätte mit der sofortigen Amtsenthebung des verantwortlichen sozialdemokratischen Polizeiministers Severing begonnen werden müssen. Die damaligen Warnungen der Nationalsozialisten seien heute gerechtfertigt. Ein Rattenschwanz von Strafprozessen werde hoffentlich, so heißt es weiter, bald den Schleier von Dingen wegziehen, die unter Severings Duldung, ja auf seine Veranlassung geschehen seien und die für einen Rechtsstaat als beispiellos daständen.

Landtagspräsident Kerrl zu den Vorgängen in Preußen

Die Nationalsozialisten veranstalteten gestern abend in der Stadthalle eine Wahlkundgebung, in der General von Epp und der preußische Landtagspräsident Kerrl sprachen. Landtagspräsident Kerrl gab seiner Freude Ausdruck, daß die Reichsregierung auf seinen gestrigen Brief hin so rasch zugegriffen habe, und zwar auf eine Art und Weise, die er besonders begrüße. Den Reichskommissar habe er nicht gefordert; aber er begrüße seine Einsetzung. Jetzt werde der 31. Juli in Ruhe und Frieden vorbeigehen. Der 20. Juli sei ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes.

Ausländische Pressestimmen

Die Ereignisse in Preußen im Spiegel der französischen Presse

Die französischen Morgenblätter widmen den Ereignissen in Preußen ihre besondere Aufmerksamkeit und geben in spaltenlangen Telegrammen von den Vorgängen in Berlin Kenntnis. Die Berliner Berichterstatter gehen indessen über den Rahmen einfacher Darstellung der Ereignisse nicht hinaus und stellen einmütig fest, daß in Berlin und in Deutschland vollkommene Ruhe herrsche. Die Blätter selbst nehmen redaktionell zu den Ereignissen umfangreich Stellung und betrachten sie zum Teil in Verbindung mit der Umbildung des italienischen Kabinetts.

Der Eindruck des Vorgehens des Reiches gegen Preußen

Die amerikanische Presse berichtet ausführlich über die innerpolitische Entwicklung in Deutschland. Die Nachricht über die Verhängung des Ausnahmezustandes wird in hiesigen Kreisen als Kennzeichen für den Ernst der innerpolitischen Lage gewertet, gleichzeitig jedoch als Ausdruck der Entschlossenheit der deutschen Regierung, energisch durchzugreifen, um weiteren innerpolitischen Unruhen vorzubeugen.

Letzte Funkmeldungen

Am heutigen Morgen wurden etwa 100 kommunistische Flugblattverteiler in Berlin verhaftet. In den Flugblättern wurde zu Massenstreiks auf das Vorgehen der Reichsregierung in Preußen und Berlin aufgefordert.

Die „Rote Fahne" in Berlin ist heute früh nicht erschienen, da die Druckerei der Zeitung wegen Druckens eines verbotenen Flugblattes geschlossen worden ist.

Angesichts des Aufrufes, der anläßl. der Bischofskonferenz in Fulda zu den bevorstehenden Reichstagswahlen erfolgte, erklärt die nationalsozialistische Parteikorrespondenz u. a., daß die NSDAP sich von jeher für die Forderung und den Schutz der religiösen Interessen sowie auch für die Stellung der christlichen Kirchen ohne Unterschied der Konfessionen eingesetzt habe. Sie habe sich in konsequenter Folge für die Erhaltung des Friedens und der sozialen Wohlfahrt des Volkes verwendet. Sie allein sei für den Schutz der konfessionellen Schulen und der christlichen Religion in der Tat eingetreten. Sie werde dies auch in Zukunft weiterhin tun.

Bei einem Zusammenstoß in Gelsenkirchen-Buer wurden vier Personen verletzt.

Bei Cranz sind zwei Schülerinnen in der Ostsee ertrunken.

In römischen politischen Kreisen wird anläßlich der Regierungsumbildung gerüchtweise davon gesprochen, daß der bisherige Außenminister Grandi einen wichtigen Botschafterposten übernehmen soll. In Betracht käme der Botschafterposten in Washington, noch wahrscheinlicher

Fortsetzung nächste Seite.

Proteste und Aufrufe

Protest des Rheinischen Zentrums

Die Rheinische Zentrumspartei hat an den Herrn Reichspräsidenten das folgende Telegramm gesandt:

„Die Rheinische Zentrumspartei protestiert schärfstens gegen die Maßnahmen gegenüber der preußischen Staatsregierung; sie sind staatsrechtlich unmöglich und mit der Reichsverfassung unvereinbar. Die Voraussetzungen des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung sind nicht gegeben. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist in Preußen nicht mehr als in anderen Ländern des Reiches gefährdet. Solange Uniform- und Demonstrationsverbot bestanden, waren Ruhe und Ordnung im ganzen Reichsgebiet gesichert.

Die Rheinische Zentrumspartei wendet sich an Sie, Herr Reichpräsident, als den Treuhänder des ganzen Volkes und als den Hüter der Reichsverfassung. Wir erwarten sofortige Außerkraftsetzung aller gegenüber Preußen getroffenen Anordnungen, um schwerste Gefahren von Volk, Staat und Wirtschaft abzuwenden.

Mönnig,
Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei".

Die christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands zur politischen Lage

Der Ausschuß der christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland veröffentlicht folgende Verlautbarung:

„Die unheilvolle innenpolitische Entwicklung der letzten Monate hat durch die Zwangsmaßnahmen für Preußen eine weitere Verschärfung erfahren.

Wir protestieren namens unserer Mitglieder gegen verfassungswidrige Methoden, Land und Volk zu regieren. Wir bekämpfen jede wie immer geartete Diktatur. Die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes sowie die sozialen Lebensrechte der Arbeiterschaft müssen unbedingt gewahrt und gesichert werden.

Die Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbots ist die Hauptursache der gegenwärtigen bürgerkriegsähnlichen Zustände. Unablässig um Ruhe und Ordnung besorgt, fordern wir deshalb erneut sofortige Wiederinkraftsetzung des Uniformverbotes. Vor allem fordern wir ausreichende Maßnahmen für eine geordnete und ungestörte Durchführung der Reichstagswahl. Von den christlichen Gewerkschaften erwarten wir nach wie vor Besonnenheit und Disziplin. Provokation radikaler Kreise sind energisch zurückzuweisen. Für die Haltung der Bewegung gelten auch in dieser für Arbeiterschaft und Volk gefahrvollen Zeit nur die Weisungen der Leitung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands".

Von dieser Verlautbarung werden die christlichen Gewerkschaften dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler auch unmittelbar Kenntnis geben.

Der sozialdemokratische Parteivorstand an die Partei

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Partei einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volk, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten.

Ein Aufruf der Kampfleitung Berlin der Eisernen Front

Die Kampfleitung Berlin der Eisernen Front ließ gestern abend auf den Straßen Handzettel verteilen, die folgenden Inhalt haben:

„Die Organisationen der Eisernen Front sind zu einer Sitzung zusammengetreten, um die notwendigen Maßnahmen gegen die von der Regierung Papen geschaffene Lage in Preußen zu treffen.

Nur die von den Organisationen der Eisernen Front herausgegebenen Parolen werden befolgt. Haltet Disziplin! Laßt Euch nicht provozieren! Jetzt muß jeder wirkliche Kämpfer die Nerven behalten. Provokateure verteilen unter Mißbrauch des Namens der Eisernen Front Flugblätter, worin sie zum Generalstreik auffordern. Stellt diese Provokateure fest!"

Protest der alten Regierung

gegen die Kanzler-Rede

Die bisherige preußische Staatsregierung veröffentlicht eine Erklärung zu der Rundfunkrede des Reichskanzlers, in der es heißt:

Reichskanzler von Papen hat zwei Tatsachen als Beweis für sein Vorgehen gegen Preußen angeführt. Ein nichtgenannter hoher preußischer Funktionär soll Kommunisten Ratschläge gegeben haben, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten, und ein preußischer Polizeipräsident habe geäußert, man solle die Kreise der Kommunisten nicht stören. „Diese angeblichen Tatsachen sind durch nichts bewiesen. Die Reichsregierung hat sie auch bisher der preußischen Regierung nicht mitgeteilt. Eine solche Mitteilung wäre wohl das mindeste gewesen, wozu die Reichsregierung verpflichtet gewesen wäre, bevor sie auch nur den mindesten Eingriff in die preußische Staatshoheit geschweige denn die nach der Reichsverfassung überhaupt unzulässige Absetzung von Staatsministern verfügte. Unrichtig ist ferner die Behauptung des Reichskanzlers, daß die preußischen Minister es abgelehnt hätten, mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie haben nur abgelehnt, der Einladung einer nicht zur preußischen Regierung gehörenden Persönlichkeit zu einer Sitzung der preußischen Staatsregierung Folge zu leisten, weil sie nach der preußischen Verfassung dem Reichskanzler oder Reichskommissar nicht das Recht einräumen können, eine preußische Staatsministerialsitzung anzuberaumen und zu leiten".

Diese Argumentation der bisherigen preußischen Minister wird in politischen Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, als fehlgehend bezeichnet. Angesichts der Tatsache, daß sie zu der von dem Reichskanzler einberufenen Sitzung nicht erschienen waren, habe mit Recht der Schluß gezogen werden können, daß sie jede Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar ablehnten. Was die vom Kanzler gemachten Mitteilungen über Aeußerungen hoher preußischer Beamter über das Verhältnis zu den Kommunisten anlangt, so sei sicher, daß solche Bemerkungen des Kanzlers nicht erfolgt wären, wenn nicht schlüssige Beweise dafür vorlägen.

Ein Interview des Reichskanzlers

Reichskanzler v. Papen hat dem Berliner Vertreter des „Popolo d'Italia" (Mailand) ein Interview gewährt und dabei über die italienische Haltung in Lausanne und Genf u. a. folgende Ausführungen gemacht:

Der energische Eintritt Italiens für eine friedliche Revision des Versailler Vertrages hat in der ganzen Welt berechtigten Eindruck gemacht und das Schlagwort, das hier der italienische Ministerpräsident für die endgültige Heilung der Nachkriegswehen schuf, jenes Wort vom „Schwamm drüber!" hat vielleicht mehr zur Erkenntnis der gefährlichen Lage, in der Europa schwebt, beigetragen, als Dutzende von Noten und Zeitungsartikeln.

Zu dem Donauproblem sagte er u. a.: Die deutsche Regierung hält eine dauernde Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Donauraum nur dann für möglich, wenn die großen Industriestaaten, wie Italien und Deutschland, in einen, den tatsächlichen Bedürfnissen der betreffenden Länder gerecht werdenden Sanierungsprozeß einbezogen werden.

Bezüglich Deutschlands Haltung auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz heißt es in dem Interview: Deutschland wird sein möglichstes dazu beitragen, um unter selbstverständlicher Wahrung eigener Interessen wieder normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Völkern herzustellen. Sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, wird die deutsche Regierung mit dem Abbau der durch die internationale Wirtschafts- und Kreditkrise erzwungenen Schutzmaßnahmen, z. B. auf dem Gebiet der Devisenbeschränkungen, nicht zögern.

Das Ergebnis des in Lausanne begonnenen Werkes der Wiederherstellung einer politischen und wirtschaftlichen Vertrauensatmosphäre in Europa, so fuhr der Reichskanzler fort, wird sich erst übersehen lassen, wenn auch die von mir hier aufgeführten Fragen gelöst sind. Dabei wird man sich darüber klar sein müssen, daß nur ganz großzügige, von kleinlichen Selbstinteressen freie Lösungen das Ergebnis herbeiführen können, nach dem sich alle Welt sehnt: Eine neue Wohlstandsperiode für alle Länder. Lausanne hat leider den möglichen psychologischen Erfolg nicht haben können, weil die Erkenntnis für die Forderungen der Zeit nicht bei allen Beteiligten ausreichend stark war. Man muß hoffen, daß die Einsicht in den Monaten, die uns noch von der Weltwirtschaftskonferenz trennen, reift, damit die noch großen zwischen den Völkern liegenden Schutthaufen fortgeräumt werden und die Nationen im Geiste wahren Friedens an den Wiederaufbau Europas herangehen können.

Das Wetter von heute und morgen

Meist wolkig, örtliche Gewitter nicht ausgeschlossen, Temperaturen wenig verändert, schwache Luftbewegung.

der in London. Eine Bestätigung ist vorerst nicht zu erhalten.

Mussolini erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, die Tatsache, daß er selbst das Außenministerium übernehme, bedeute keinesfalls eine Aenderung der bisherigen Außenpolitik. Der Wechsel im Ministerium sei eine für Italien regelmäßig wiederkehrende Erscheinung.

Wie Havas aus Montevideo berichtet, hat die Regierung von Uruguay die Vermittlung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zwecks Beilegung des diplomatischen Zwischenfalls mit Argentinien angenommen.

Die paraguanischen Truppen haben nach 48-stündiger Schlacht das Grenzfort Pitiantuta von den bolivianischen Truppen zurückerobert.

Der Zingster Amtsvorsteher ermordet

Im Ostseebad Zingst wurde gestern der Amtsvorsteher Köthur ermordet. Der Amtsvorsteher hatte sich zur Ueberwachung einer kommunistischen Versammlung begeben. Als es in dieser zu Ruhestörungen kam, ermahnte Köthur einen Kommunist zur Ruhe. Bald darauf verließ der Amtsvorsteher die Versammlung. Der von ihm verwarnte Kommunist folgte ihm und versetzte ihm einen Messerstich in den Kopf, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kommunist flüchtete, konnte aber bald festgenommen werden; er weigerte sich bisher seinen Namen zu nennen. Der ermordete Amtsvorsteher war ein ruhiger Mann und ist politisch niemals hervorgetreten.

Schwerer politischer Zwischenfall

Etwa 200 Kommunisten hatten sich kurz nach Mitternacht auf dem Kottbuser Damm in Berlin angesammelt. Sie hielten einen Straßenbahnwagen und einen Autobus an und zwangen dadurch die Fahrgäste zum Aussteigen. Die Kommunisten durchschnitten daraufhin die Schnur zur Oberleitung der Straßenbahn, sodaß der Wagen nicht weiterfahren konnte. Ferner versuchten sie, den Omnibus, dessen Scheiben sie zertrümmert hatten, umzuwerfen. Als das Ueberfallkommando erschien, flüchteten die Täter und entkamen. Die Beamten säuberten daraufhin die Gegend, wurden aber von den Kommunisten heftig beschossen. Durch die Schüsse wurde jedoch keiner der Beamten verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer. Einer der Demonstranten wurde so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Die Stabswache im „Braunen Haus"

Die Nationalsozialistische Korrespondenz erklärt zu den Pressemeldungen, wonach im „Braunen Haus" in München eine etwa 60 Mann starke Stabswache gebildet worden sei, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht. Wahr sei vielmehr, daß nach der Verlegung einer Anzahl von Abteilungen in ein weiteres Geschäftsgebäude die Wachen um 24 Mann verstärkt worden seien.

Geschäftliches

Haben auch Sie Fußschmerzen?

Es ist zu begrüßen, daß die hiesige Colonia-Drogerie, Inh. Leo Becker, Hauptstraße 29 eine Niederlage des weltbekannten Dr. Scholl's Fußpflege-System erhalten hat. Auch Sie finden Gelegenheit, am Samstag, den 23. Juli, sich Ihre Füße dort kostenlos untersuchen zu lassen. Wir weisen auf die heutige Beilage unseres Blattes hin und bemerken, daß Herr Leo Becker eine ständige orthop. Abteilung eingerichtet hat.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

KARNER, DER DIKTATOR



ROMAN v. WOLFGANG MARKEN

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

20

Am nächsten Morgen ging die Nachricht durch das Dorf, daß man den alten Kahnert erschossen im Walde aufgefunden hatte.

Der Gendarm tat sich im Gasthaus sehr wichtig und äußerte den Verdacht, daß es sich um einen Mord handele.

Als er aber durchblicken ließ, daß er Hartmann im Verdacht habe, fuhren ihn Hagemann und der Wirt so an, daß er schleunigst retirierte.

Aber er schrieb seinen Verdacht in das Protokoll, das nach der nahen Stadt Wolkenburg gesandt wurde.

Ein Polizeikommissar wurde mit der Untersuchung des Falles beauftragt.

Der zog allerhand Erkundigungen ein und fand, daß bei verschiedenen Dörflern die Meinung herrschte, es könne sich um einen Racheakt Hartmanns handeln.

Der Polizeikommissar fühlte sich deshalb verpflichtet, Hartmann einem Verhör zu unterziehen.

Aber er war ein Mann von Takt, der in seinem Beruf grau geworden war. Darum schenkte er Hartmann gleich reinen Wein ein und sagte ihm alles. Hartmann war dem Beamten dankbar und sprach sich mit ihm aus. Er stand Rede und Antwort, wies sein Alibi nach, und der Beamte nahm alles zu Protokoll.

Als er fertig war, sagte er: „Sie dürfen unbesorgt sein, Herr Hartmann. Sie werden von der Behörde aus keinerlei Schwierigkeiten mehr haben. Ich war nur der Ordnung halber gezwungen, das alles zu Papier zu bringen. Anscheinend ist im Dorf viel Haß gegen Sie, der in der Bezichtigung seinen Ausdruck findet."

Hartmann war sehr befriedigt.

Er telegraphierte Ernst, daß am übernächsten Tage die Beerdigung des alten Kahnert stattfinde.

* * *

Am gleichen Tage erhielt der Verleger Georgi in Berlin den Besuch einer schönen jungen Dame, der man sofort die Ausländerin ansah.

Die Angestellten des Geschäfts verdrehten sich die Augen nach ihr.

Sehr höflich und nicht ohne Spannung empfing Georgi die Dame.

Es war Feodora Tomary.

„In Ihrem Verlag ist ein ungemein interessantes Buch erschienen: Rostoff: Acht Jahre Generalkommissar. Ich habe es mit großem Interesse gelesen."

„Es ist bestimmt ein sehr interessantes Buch, meine Gnädige!" stimmte der Verleger zu.

„Können Sie mir die Adresse des Autors sagen?"

Georgi mußte lächeln. Vor wenigen Tagen erst war Rostoff bei ihm gewesen und hatte ihm das Versprechen der Diskretion abgenommen, und heute schon streckte man die Fühler nach Rostoff aus.

„Ich muß bedauern," sagte er liebenswürdig. „Ich kenne die Adresse des Herrn Rostoff nicht."

„Korrespondieren Sie nicht mit ihm?" fragte Feodora erstaunt.

„Nein. Herr Rostoff brachte mir das Manuskript, das ich sofort las. Nach zwei Wochen kam er abermals, und wir schlossen ab. Ich zahlte ihm das ausbedungene Pauschalhonorar und habe seitdem nichts wieder von ihm gehört. Ich muß daher sehr bedauern, meine Gnädigste."

Feodora Tomary ahnte, daß der Mann nicht die Wahrheit sprach, aber sie wußte, daß im Augenblick nichts zu erreichen war und verabschiedete sich von dem Verleger.

* * *

Am gleichen Abend wurde in der Verlagsbuchhandlung von Georgi einaebrochen.

Das Seltsame aber, daß nichts, aber auch gar nichts fehlte.

Georgi stand vor einem Rätsel, bis ihm endlich ein Licht aufging.

Die Adresse Rostoffs wollte man haben

Hatte man sie gefunden? Er sah im Geheimordner nach, in dem die Rostoffschen Papiere abgeheftet waren.

Vollzählig waren sie an Ort und Stelle.

Er entschloß sich, Hartmann sofort zu schreiben

* * *

Jost war am Vortag der Beerdigung des alten Kahnert zur Bahn gegangen, um Ernst abzuholen.

Ernst kam mit dem nächsten Zug und schritt mit Hartmann zusammen in das Totenhaus, in dem der alte Kahnert aufgebahrt lag.

Nur wenige Blicke widmete Ernst dem Vater, der ihm im Leben nie die Liebe eines Vaters entgegengebracht hatte

Dann begab er sich in das große Wohnzimmer.

Die alte Grete, das Faktotum des Hauses, meldete einen Gast. Es war der Geldverleiher Salomon Asch, ein alter, weißhaariger Jude aus Wolkenburg.

Der verbeugte sich mehrmals vor den Herren.

„Ich möchte reden mit dem Sohn von dem Herrn des Hauses, wo zu Tode ist gekommen so schrecklich."

„Der bin ich," sagte Ernst kurz. „Was wünschen Sie, Herr . . ."

„Asch . . . Salomon Asch is mein werter Name. Jawohl! Ich habe gemacht so öfter Geschäftche, so kleinere Geschäftche mit Ihre verstorbene Vater."

„Also auf gut Deutsch . . . Sie haben ihm Geld geliehen?"

Salomon Asch strahlte über das ganze Gesicht und sah Ernst erfreut an. „Der Herr Sohn haben richtig verstanden den alten Salomon. Ich hab e paar Papierche von dem Herrn selige Vater."

„Auf Deutsch Wechsel?"

„Wechselchen! Ganz richtig! E paar Wechselche!"

„In welcher Höhe?"

„Einmal viertausend, einmal . . ."

„Mich interessiert nur die Gesamtsumme."

„Zweiundzwanzigtausend Markche!"

Ernst schüttelte den Kopf und wechselte einen Blick mit Jost.

„Was sagen Sie dazu, Jost? Hier ist ein Brief des Grundstücksmaklers Ehrke, der mir schreibt, daß er gegen Schuldschein acht Mille geliehen hat, Herr Salomon Asch hat zweiundzwanzigtausend Mille zu kriegen. Der Hof hat aber noch eine dritte Hypothek in Höhe von vierzigtausend Mark. Er ist jetzt insgesamt mit 164 000 Mark belastet und dürfte diesen Betrag kaum wert sein. Die dritte Hypothek hat Doktor Corts. Ich verstehe nicht, wie dieser Mann zu dem Gelde kommt und daß er es als dritte unsichere Hypothek gibt."

„Das ist leicht zu deuten, Ernst. Corts hat Ihrem Vater das Geld abgewonnen. Ihr Vater konnte es nicht zahlen, und deshalb wurde die Hypothek auf das Grundstück eingetragen."

„Das wäre wohl möglich."

Dann wandte sich Ernst wieder an Salomon Asch: „Ich kann Ihnen wenig Hoffnung machen, Herr Asch. Der Hof wird verkauft, und ich glaube nicht, daß etwas für Sie übrig bleiben wird."

Salomon Asch sah Ernst entsetzt an. „Aber mai lieber Herre, ist doch wert der Berghof unter Brüder gut seine 60 000 Taler!"

Ernst schüttelte den Kopf. „Das ist er nicht wert, in diesem Zustande. Fünfzigtausend Taler sind das Allerhöchste, Herr Asch."

„Aber ist er belastet doch nur mit die Summe von 84 000 Mark."

„Sie irren. Die Belastung beträgt 164 000 Mark."

Der kleine Jude wollte seinen Ohren nicht trauen. Er schrie wütend: „Bin ich worden betrogen! Ist ein großer Betrug, wird Salomon Asch anrufen die Gerichte! Hat ihm geschworen der Bauer, ist nur belastet mit 84 Mille. Ist ein Betrug"

Ernst zuckte die Achseln. „Es tut mir leid, Herr Asch. Die Klage macht Ihnen Kosten. Sie waren unvorsichtig. Warum sahen Sie nicht vorher im Grundbuch nach?"

Der kleine Jude reagierte nicht auf diese Frage.

„Der Herr Sohn werden antreten die Erbschaft von seine selige Vater und werden auszahlen Salomon Asch, daß er nicht komme zu Schaden."

Ernst schüttelte abermals den Kopf. „Ich trete die Erbschaft nicht an, denn ich kann die Schulden nicht übernehmen."

„Aber der Sohn wird bedenken, daß es nicht gut ist, wenn wird geschleppt sein auter Name durch die Gerichte."

„Meines Vaters Name," entgegnete Ernst, „war nie gut! Es ist bitter für den Sohn, daß er das sagen muß, aber es ist die Wahrheit. Es tut mir leid, Herr Asch."

Der Jude stieß eine Flut von Klagen und Verwünschungen aus.

Nun wandte sich Hartmann zu ihm und sagte: „Herr Asch, lassen Sie uns erst den Toten begraben, und dann werden wir sehen, ob sich ein Weg findet, Sie zu befriedigen."

Bei diesen Worten wurde des Juden Antlitz mit einem Male wieder heiter.

„O, Herr Baronleben, der Salomon Asch wird warten. Wird kommen in acht Tagen wieder auf Ihr Schloß, wo genannt wird die Hexenburg."

Salomon Asch zog sich zurück.

„Was willst du tun, Jost?" fragte Ernst.

„Die Schulden decken. Marthe ist reich. Sie hat fast eine halbe Million aeerbt. Ich will mit ihr reden."

„Der Tote hat nur Haß für dich gehabt, Jost."

„Ich will in dieser Stunde nicht des toten, sondern des lebenden Kahnert gedenken. Ernst, laß mich alles regeln."

„Willst du mir den Hofverkauf abnehmen, Jost?"

„Ich will den Hof kaufen. Ich zahle die Hypotheken und die Schulden aus."

„Willst du den Hof bewirtschaften?"

„Nein, das habe ich nicht vor, aber ich will den Holzfuhrmann Karl Hagemann bei billigem Pacht hier einsetzen. Er ist ein Landwirt, der den Kram versteht, und wird aus dem Hof was machen. Der arme Kerl verdient, daß man etwas für ihn tut."

„Warum?"

„Er hält zu mir, und das hat ihm viel Abbruch getan. Er ist eine Seele von einem Menschen, der wert ist, daß man ihm unter die Arme greift."

„Ja, Jost, das mußt du tun," sagte Ernst warm und voll Dankbarkeit.

* * *

Das ganze Dorf geleitete den toten Kahnert zur letzten Ruhe.

Der Pfarrer hielt eine Rede, in der er sich bemühte, ein gutes Lebensbild des Toten zu schildern. Es wurde ihm aber bitter schwer.

Am Tage, da man Kahnert begrub, erhielt Jost den Brief seines Verlegers, der ihm zu denken gab. Es konnte sein, daß man, um Josts Aufenthaltsort zu erfahren, bei dem Verlagsbuchhändler eingebrochen hatte.

Es mochte kommen, was wollte, Jost wußte, was er tun mußte.

Nur einen Weg der Pflicht, den ihn die Liebe zu gehen gebot, gab es für ihn.

* * *

Nach der Beerdigung stellten sich die Gläubiger bei Ernst ein.

Außer den Hypothekenschulden waren insgesamt, die Klepperschulden nicht gerechnet, noch rund 38 000 Mark zu begleichen.

Ernst sah Jost fragend an.

Hartmann nickte und sagte zu den Gläubigern: „Ich übernehme die Schulden des Verstorbenen. Ich lasse Ihnen morgen durch meine Bank die Summen überweisen."

Erleichtert hörten es die Gläubiger, und sie bedankten sich.

Doktor Corts wandte sich an Ernst. Seine Stimme war overlegen, als er fragte: „Und die Hypothekenschulden . . . wie werden diese reguliert?"

Hartmann antwortete statt Ernst, ohne Corts anzusehen: „Die Spielschuldhypothek erhalten Sie gleichfalls überwiesen."

Der Doktor wollte scharf antworten, aber Jost wandte ihm das Antlitz zu und sah ihn durchdringend an.

Corts wagte nicht zu sprechen

Er machte eine Verbeugung und verließ das Haus.

Als die Gäste alle fort waren, kam die alte Grete und fragte weinerlich: „Ach . . junger Herr, was wird nun mit mir altem Weibstück, wenn Sie den Hof verkaufen?"

„Sie sollen auf den Hof bleiben, Herr Hartmann übernimmt den Hof."

Erfreut hörte es die alte Magd

„Wie ist es mit dem anderen Gesinde?" fragte Ernst. „Werden sie auch alle auf dem Hof bleiben?"

Die alte Grete brachte: „Wenn . . . wenn . . . ne den Lohn noch kriegen. Der selige Herr hat ihn' seit 'n Vierteljahr nich gezahlt."

Freundlich sagte Hartmann: „Das wird natürlich reguliert. Sagen Sie es bitte den anderen."

* * *

Mutter Hagemann hatte eben ihrem Ehegatten ein langes Lamento vorgejammert.

Es war zu schlecht mit den Einkünften im letzten halben Jahr gewesen.

„Da siehste nu, zu was de kommt, wennste nich mit den Wölfen heulst!" warf sie ihm vor.

Doch Karl Hagemann schüttelte den Kopf. Nee, nee, keener kann aus seiner Haut, Alte. Ich war immer 'n reeller Kerl, un das will ich bleiben. Der Hartmann ist das genau so."

„Der hat's Geld! Da ist's gut, 'n anständiger Kerl zu sein."

„Du meinst doch nich, Alte, daß ich 'n Schweinehund sein muß, weil ich 'n armer Teufel bin?"

„Nee, nee, das ja nich. Aber als armer Tropf, da mußte manches einstecken und vorsichtig sein."

Es klopfte, und Hartmann trat ein.

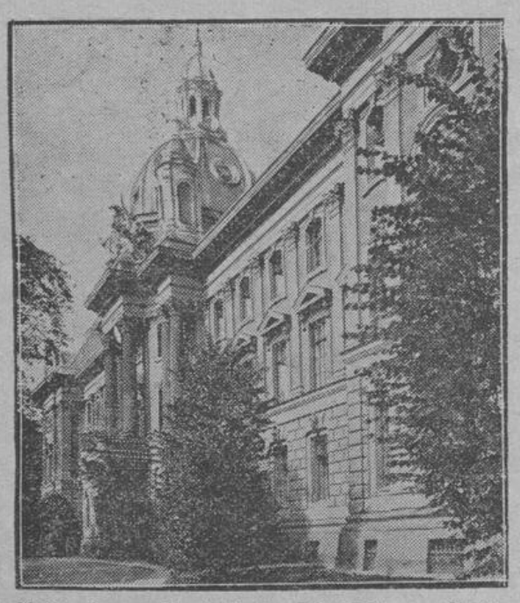
Hagemann und seine Frau waren verlegen.

Sie wischte mit ihrer Schürze sorgfältig auf einem sauberen Stuhl den Schmutz und bat Hartmann, sich zu setzer

„Wie geht es, lieber Hagemann?"

Verlegen rieb sich der Holzfuhrmann die Glatze. „Na, es soll anderen Leuten noch schlechter gehen. Wir haben immer noch zu essen, und Schulden gibt's nich."

„Das hört man gern. Also, lieber Hagemann, Sie waren einer der wenigen, der mich in diesem Dorfe nicht mit seinem Haß überschüttete. Das verdient Dank. Ich weiß, Ihr Fuhrgeschäft geht recht schlecht. Deshalb will ich Ihnen einen Vorschlag machen. Ich habe den Berghof gekauft. Wollen Sie den Berahof pachten?"



Ausnahmezustand in der Reichshauptstadt

Der Sitz des Militärbefehlshabers, der durch die Verhängung des Ausnahmezustandes über Berlin und die Mark Brandenburg zum Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt worden ist, ist das Gebäude des Wehrkreiskommandos III in Berlin